

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verordn. für 1894 unter Nr. 6913.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die amtspolitische Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 14. Dezember 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Fuchsmühl.

Die Affäre von Fuchsmühl ist noch nicht vergessen! — Das bayerische Staatsministerium hat zwar den Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten abgewiesen, den Landtag zum Zwecke der Erörterung dieser Angelegenheit zu einer kurzen Session einzuberufen; ebenso ist auf die Petition der Fuchsmühler an den Prinzregenten, „Se. königliche Hoheit möge als oberster Lehnsherr seinen Einfluss dahin geltend machen, daß Gnade vor Recht ergehe, daß das rückständige Rechtsholz von 1893 und 1894 den Fuchsmühlern gegeben werde und die Zwangsablösung unterbleibe.“ der Bescheid ergangen, der Prinz-Regent könne in den Gang der Gerichte verfassungsmäßig nicht eingreifen, und auch als oberster Lehnsherr die privatrechtlichen Verhältnisse nicht ändern.

Mittlerweile ist ja auch bekannt geworden, daß der Besitzer der Fuchsmühler Wälder, Herr Landgerichtsrath Freiherr von Zoller, das Rechtsholz nun zum größten Theil habe anweisen lassen, auch bezüglich der Zwangsablösung erklärt habe, daß er, um den Frieden wieder herzustellen, vorläufig auf die Ausföhrung des gerichtlichen Ergebnisses unter Vorbehalt seines gerichtlich festgestellten Rechtes verzichte. — Freilich wird dazu auch wieder aus Fuchsmühl berichtet, daß das Holz jetzt zwar vom Förster Graßmann angewiesen wird, aber nicht im Dub, wie es sich gehört, sondern es wird nur hier und da ein kleiner Stamm umgeschritten, welcher dann sehr weit zum Aufstehen in die Klafter getragen werden muß. Auch bekommen wir, schreiben die Fuchsmühler, vielfach nur das Gipfelholz von den Stämmen, die Zoller zum Verlaufe fällen ließ. Viele Leute bekommen nur Büsche, wovon 40—42 auf eine Klafter gehen. Eine Verechtigter weigert sich, solche Büsche zu fällen, weil sie fremde Arbeitskräfte dazu haben müssen, so daß die Arbeitslöhne mehr ausmachen, als das Holz werth ist.

Diese neuen Chikanen, wenn sie, wie wohl zu glauben, auf Wahrheit beruht, verbunden mit der Erinnerung an die Niedermehlung 70 jähriger Leute im Fuchsmühler Walde, das Vorhandensein der Krähpen, die ihre Verwundungen und Wunden den Bajonnettstichen bayerischer Soldaten im Walde bei Fuchsmühl verdanken, — alles dies ist uns Bürgschaft dafür, daß die grauenhafte Bajonnettattake auf friedliebende Bauern, die nichts als ihr Recht ausübten, zur geeigneten Zeit, zunächst wohl in der bayerischen Abgeordneten-Kammer, wieder vor den Gerichtshof der Öffentlichkeit gezogen werden wird.

Es hat sich hier wieder einmal gezeigt, wie trefflich sich nöthigenfalls das „Volk in Waffen“ gegen das arbeitende Volk verwenden läßt. Doch ist es nicht nur diese Lehre, die aus der schneidigen Attake im Fuchsmühler Wald zu schöpfen ist. Die dortigen Ereignisse

haben auch das Verdienst, einmal aller Welt gezeigt zu haben, wie der Bauernstand zu Grunde geht.

Auch den Fuchsmühler Bauern wird es gegangen sein, wie den Bauern überall in deutschen Landen. In grauer Vorzeit waren die Bauern freie Eigenthümer ihrer Aecker und Wälder. Sie waren Krieger und Bauern zugleich. Aber je mehr sie von ihren früheren kriegerischen Gewohnheiten ließen, je mehr sie sich immer ausschließlich dem Landbau und der Viehzucht widmeten, je mehr andererseits die Macht ihrer Fürsten und Fürsten und damit die Ausdehnung und Zahl der durch diese geföhrten Kriege wuchs, je unerträglich er wurden den Bauern ihre kriegerischen Pflichten.

Schließlich kamen überall zwischen den freien Bauern und den Vasallen der Fürsten Verträge zu stande, wonach die letzteren die kriegerischen Pflichten der Bauern übernahmen, die Bauern aber ihre Aecker und Wälder zum Theil in das Obereigenthum der Ritter übertrugen, sich selbst nur als Lehnleute der Ritter betrachteten und diesen für die Benutzung ihres früher freien Eigenthums Abgaben leisteten.

Die Ritter, die Vorfahren des Herrn v. Zoller, zogen auf die Berge und bauten Burgen; die Bauern ernährten sie. Das ging so ein paar Jahrhunderte. — Es entstanden Städte und in ihnen ein Reichthum, der den Reichthum der Ritter weit übertraf. Die Ritter legten sich auf den Straßenraub; aber er brachte nicht viel ein und war gefährlich. Da versuchten sie es denn, um es dem städtischen Reichthum gleichthun zu können, mit der Landwirthschaft, zumal mit dem Wachsen der Städte ein wachsender Markt für Korn und Vieh entstand.

Aber sie waren doch nur Lehnsherren, nicht Eigenthümer des Landes! — O, gleichviel, die Bauern wurden einfach „gelegt“. Sie wurden von Haus und Hof vertrieben, ihr Land von den neuen „Gutsherren“ in Beschlag genommen. Die übrig bleibenden Bauern mußten den Gutsherren schwere Abgaben zahlen und Frohnarbeit verrichten für das Recht, die Theile ihres Landes und ihres Waldes, die ihnen geblieben waren, benutzen zu dürfen. Die Bauern wurden auf's entsetzlichste geschunden und ausgeraubt; es war die schmerzvolle Zeit der Leibeigenschaft der Bauern.

Das ging wieder ein paar Jahrhunderte. Allmählig wurde die Landwirthschaft eine Wissenschaft. Sie verlangte nach anderer Wirthschaftsweise, als der widerwillig geleisteten Frohnarbeit. Seit dem Anfang unseres Jahrhunderts wurden deshalb die Bauern „befreit“. Man erließ ihnen die Frohnarbeit, verlangte dafür aber ungeheure Abfindungssummen, an denen die Bauern ein halbes Jahrhundert lang zu zahlen hatten, zum Theil noch heute zu zahlen haben.

Die Nutzung ihrer alten Markwälder wurde den Bauern damals noch gelassen. Sie leisteten ja dem „Lehnsherrn“ beträchtliche Abgaben für diese Nutzung, und die Zahlungen waren den Lehnsherren damals eben noch werthvoller, als das den Bauern gelieferte Holz. Heute ist es anders. Der Holzpreis ist gestiegen. Heute steht das „Rechtsholz“ höher im Preis, als die Abgaben der Bauern betragen. — Da werden die Bauern eben einfach wieder gelegt.

Was schiert es Herrn v. Zoller, daß die armen Fuchsmühler ohne ihre Holzgerechtfame auf dem steinigten Bergboden nicht leben können? Die Dokumente heraus! Da steht es schwarz auf weiß: Der Wald gehört Herrn v. Zoller, mag er früher zehnmal Markwald der Bauern gewesen sein.

So ist es überall. Die Bauern mögen zu Grunde gehen, der Großgrundbesitz wird bestehen. Die Bauern mögen Arbeiter werden, in die Kohlen- und Bergwerke, in die rauchenden Fabriken gehen. Der Großgrundbesitzer bleibt Landwirth. Er hängt die Büsche über den Rücken und zieht in seinen Wald auf die Pirsch. Es lebe der Feudal-Adel!

So geht der Bauernstand zu Grunde. — Das ist die Lehre von „Fuchsmühl“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Dezember.

Aus dem Reichstage. Wenn die ersten Tage nach Eröffnung des neuen Reichstagspalastes die Verhandlungen gegen früher insofern ein anderes Bild boten, als die Zahl der anwesenden Abgeordneten unverhältnismäßig groß war, so hat sich das rasch geändert. Heute war der Sitzungssaal so leer, daß man sich in die schlimmsten Zeiten in der Leipzigerstraße verlegt glauben konnte.

Freilich hatten die Anwesenden auch eine Rede des national-liberalen Dr. Böttcher zu überstehen und das ist nichts weniger als ein Genuß. Abgesehen davon, daß Herr Böttcher noch um etliche Nummern reaktionärer ist, wie selbst Herr v. Mantuffel, so hat dieser nationalliberale Führer auch beim Sprechen Gewohnheiten, welche es wirklich zu einer Qual machen, ihm längere Zeit zuzuhören. Eine heifere, bellende Stimme, dazu ein widerlich-hohles Pathos, mit denen er die trivialsten Gemeinplätze vorträgt, die man vorher schon alle in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ hat lesen können, das ist Herr Dr. Böttcher als Redner. Die paar aus Anstandsriechtchen im Hause gebliebenen Abgeordneten athmeten ordentlich auf, als der national-liberale Herr seinen Sermon endlich schloß.

Daß Herr Böttcher für seine Partei die Erklärung abgegeben konnte, daß seine Partei für jedes Knebelgesetz und für jede Beschränkung der politischen Rechte sei, sobald

Der Gang an Thor.

Du Gott des Arbeitsvolkes,
Hör du uns, Donnerer Thor,
Der Jag und Erug und Herrschtsucht
Du Feindey sich erhör!

Roithgoldige Mähne wält dir
Ams Antlitz wetterhart;
Mit Flammenspathen packert
Im Sturm dein Feuerbart;

Unter den brütenden Grauen,
Des Mannesstrohes Sitz,
Hervor aus lichten Augen
Glendet der blaue Blitz.

Du reißt die mächtigen Glieder,
Der Walmer ruht — ein Krach —
Fortrollt der grollende Donner
Den dröhnenden Hammerschlag.

So kürnst du über die Lande,
Waldrauschen vor dir her;
Zum Wiederhall der Felsen
Zuffaucht das schäumende Meer.

Es bricht vor dir zusammen,
Was marsch und faul im Mark;
Du rüstigem Ringen schließ du,
Was freijheitlos froh und stark.

Nicht achtest du der Herren
Und jürst dem jogen Anecht;
Die Freien und die Gleichen,
Wir sind von Thor's Geschlecht!

Den Freijunggleichen freitest
Auf opfervoller Bahn
Im Welterlösungskampfe,
Muthspendend, du voran.

Vor deinem rothen Grimme
Den Menschheitsquälern graust,
Wenn jach die Arbeitswaffe
Du schwingst mit schmieliger Faust.

Und gilt's noch schweres Ringen
Durch manchen heißen Tag,
Gis endlich angetilget
Der Unterdrückung Schmach,

Gis frei die schmende Menschheit
In glückberejtender That,
— Schon weicht die Völkerdämm'ung,
Die Welterwende naht;

Hell leuchtet's in der Ferne
Wie salber Welterstein —
Sturmgott des Freijheitsdranges,
Föhr' uns! — Wir harren dein!

Georg Ledebour.

Anmerkung. Thor, Rastor oder Donar, im altgermanischen Mythos ursprünglich der Gott des Gewittersturmes, wurde, je mehr soziale Verhältnisse auf die Wirthbildung Einfluß gewannen, der Vertreter des arbeitenden Volkes, der Bauerngott, im Gegensatz zu Loki oder Loge, dem Gotte der Lüge und des trügerischen Gewerbs, und Odin oder Wodan, dem Adelsgott. Die Fürsten rühmten sich „von Odins Geschlecht“ zu sein. Thor's Waffe ist der Hammer, altordisch Mjölnir, der Braxmalmer genannt, was hier, um den Namen unserer neuhochdeutschen Sprache in stimmungemäßem Ausdruck anzupassen, mit Hammer wiedergegeben wurde. Das Gedicht ist ein Versuch, den werthvollen Gehalt der Thorfage für die Gegenwart zu beleben.

damit der Arbeiterbewegung Schaden zugefügt wird, ist selbstverständlich. Glücklicherweise ist es nur ganz gleichgültig, was die Mitglieder der Fraktion Drehscheibe wollen. Der Einfluss und die Bedeutung dieser Partei ist heute genau so gering, als sie früher maßgebend war, wo sie als Wortführer freilich heute hatte, denen Herr Dr. Böttcher nicht bis an die Knöchel reicht.

Für die süddeutsche Volkspartei sprach der Abg. Bayer. Manches gute Wort wusste der schwäbische Demokrat zu sagen, und man darf ihm wohl glauben, daß der von ihm vortragene Wunsch, in Zukunft bei Ministerwechseln im Reich und Preußen mehr Maß zu halten, in Süddeutschland — und wohl nicht bloß da — auch in Kreisen geteilt wird, welche es mit Entzückung zurückweisen würden, wenn man sie in den Verdacht demokratischer Gesinnung brächte.

Nach Bayer kam der Antisemit Dr. Zimmermann; antisemitische Reden kann man sich schenken, sobald man erst einmal eine solche gehört hat. Man kennt dann alle folgenden. An der heutigen Rede des früheren Feinschwärmer und Freundes von Sacher-Masoch war nur das bemerkenswerth, daß der Redner, den Spuren des neuen Kanzlers folgend, seinen Vortrag vorlas.

Nach Dr. Zimmermann sollte Bebel zum Worte kommen, die Herren von der Rechten wollten aber nicht, daß ihnen von unserer Seite auf ihre Angriffe geantwortet werde, und so mißbrauchten sie die Majorität und machten Schluß. Nun, geschenkt soll ihnen deswegen nichts werden.

Dem Versuch, morgen und übermorgen die erste Lesung der Umsturzvorlage durchzusetzen, widersteht sich das Zentrum, so daß nun die Interpellationen daran kommen. Ob nun der Versuch gemacht wird, den Reichstag auch nächste Woche hier zu behalten, um den „Umsturz“ noch zu beraten, steht dahin. Die Mehrzahl der Abgeordneten drängt nach Hause und so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Umsturzvorlage, welche erst dem Stat vorgehen sollte, nun erst nach den Weihnachtsferien an die Reihe kommt. Es will eben nichts mehr gelingen. —

Das Zentrum zu gewinnen, nachdem man die Agrarier schon geködert hat, das scheint nun die Hauptaufgabe der neuen Regierung zu sein, der die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen für Hohenlohe ebenso wie früher für Bismarck und Caprivi begeisterten Artikel widmet. Wichtiger als dieses Streben der Regierung, das den Vorgängern Hohenlohe's auch nicht fremd war, ist die freundliche Beurteilung, die die Rede des Kanzlers in der „Germania“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ findet. Wir zweifeln nie daran, daß die Zentrumspartei bereit ist, die Reihen der Anhänger der Regierung zu verstärken, wenn ihre sich durch Bescheidenheit nie auszeichnenden Wunschzettel ganz zu ihrer Zufriedenheit erledigt werden. —

Das Zentrum und die Umsturzvorlage. Aus der Fraktionsführung der Zentrumspartei über die Umsturzvorlage weiß das „Volksblatt“ in Mannheim zu berichten:

Die vorläufige Besprechung in der Fraktion hat ergeben, daß man sich nicht unbedingt ablehnend der Vorlage gegenüber verhalten wird, daß aber in manchen Punkten Abänderungen, insbesondere präzisere Fassung der Thatbestände, theilweise auch Ermäßigung der Strafbestimmungen angestrebt werden sollen. Vor allem aber sei man der Ansicht, daß, wenn überhaupt eine Ausgestaltung des Strafgesetzes stattfinden soll, dies nicht bloß auf den im Entwurfe enthaltenen Gebieten, sondern auch hinsichtlich der Delikte wider die Sittlichkeit zu geschehen habe.

Wir glauben, daß diese Mittheilung nicht ganz authentisch ist, wenigstens steht sie in einigem Widerspruch zu den Äußerungen des Abg. Bachem, des Statredners der Zentrumspartei. —

Unsere Richter und die „Umsturzvorlage“. Interessant ist, was ein so reaktionäres Blatt wie der „Reichsbote“ über unsere Richter und Staatsanwälte schreibt, denen durch die „Umsturzvorlage“ neue Aufgaben erwachsen. Das Pastorenblatt meint:

Zur Behandlung geistiger Bewegungen und insbesondere der Angelegenheiten der Presse, der Rede und Literatur wäre dringend zu wünschen, daß in den größeren Städten für solche Sachen besondere Gerichte in den größeren Städten für solche Sachen gebildet würden. Es kann ein Richter zur Beurtheilung gewöhnlicher Sachen, wie Diebstahl, Betrug, Wucher, Gewaltthaten etc. sehr wohl

geeignet sein, aber nicht für Preßsachen, weil ihm die Einsicht in das Preßwesen und die tiefere Beurtheilung der geistigen Bewegungen mangelt, namentlich sollte man bei der Verurteilung von Staatsanwälten hierauf ganz besondere Rücksicht nehmen.

Daß ein Eingehen auf den Wunsch des „Reichsboten“, der übrigens in der Novelle zur Strafsproch „Ordnung berücksichtigt ist, daß entgegengesetzte Ergebnisse hätte, als er selbst zu wünschen scheint, ist klar. Würden dann doch die besonderen Gerichte aus Personen zusammengesetzt werden, deren Gesinnung erwarten läßt, daß sie im Geiste der Gesetzgeber über die Umsturzvorlage urtheilen werden. —

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Plenarsitzung den Antrag des II. und IV. Ausschusses zu der Vorlage, betreffend die Abänderung der Bestimmungen über die Eintragung der für die Involuntarität und Altersrückbildung der Seelente zu entrichtenden Beiträge von der Tagesordnung abgesetzt. — Dem Antrag des III. und IV. Ausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Polltarifs wurde die Zustimmung erteilt. —

Der allerneueste Kurd und die Verstaatlichung des Getreidehandels. Der Weizen der Agrarier blüht, wie aus der folgenden kurzen aber vielsagenden Notiz der „Köln. Ztg.“ hervorgeht:

Die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages beriet den Antrag Kanitz und setzte eine siebenköpfige Kommission zur weiteren Beratung ein. Der Nationalliberalen Korrespondenz zufolge werden die Beratungen der Kommission auch Regierungskommissare beinhalten.

Wer nicht ein ganz schlechtes Gedächtniß hat, wird sich daran erinnern, wie Graf Caprivi den Antrag Kanitz als durchaus unannehmbar, ja eigentlich als indiskutabel unbedingt ablehnte und jetzt läßt sich das System der Hohenlohe-Köller-Hammerstein, sofort nachdem es an's Ruder gekommen ist, in Verhandlungen über den Antrag Kanitz ein und wählt dabei die ungewöhnliche und deshalb so auffallende Form der Entsendung von Kommissaren in einen Vertretungskörper, der eher einer Fraktion als einer Kommission gleicht. Schon das Eingehen in Verhandlungen über den Antrag Kanitz ist ein außerordentliches Zugeständniß der Regierung an die Interessenten vom Stande der Landwirthe, an das ihre größten Entlastungen vor einem halben Jahre nicht einmal zu denken wagten. —

Hebereicher der „Kreuz-Zeitung“. Das Junterorgan drückt sein Bedauern darüber aus, daß der Reichstag die strafrechtliche Verfolgung des Abg. Liebknecht nicht gestatten wird und bemerkt dann:

Es giebt aber doch noch andere Mittel, um hier wirksam einzugreifen, deren Anwendung mit keinem Verfassungsartikel in Widerspruch stände: die Ausschließung der die Ehrfurcht der kaiserlichen Majestät verletzenden Mitglieder, bis sie Abbitte leisten. Das würde wirken, ohne die Herren mit der „Gloriole des Märtyrertums“ zu umgeben und ohne zu Zuständigkeitsstreitigkeiten zu führen, die, wenn möglich, zu vermeiden sind, weil sie die auf dem vaterländischen und monarchischen Boden liegenden Parteien spalten können, während die grundsätzlichen Gegner sich in der Verneinung leicht zusammenfinden.

Für den Bund der Landwirthe werden aber zeitweise Ausnahmen von dieser lex Hammerstein gemacht werden müssen. —

Ein Maulkorbgesetz für den Reichstag. Die „Post“ begeistert sich natürlich für die Beschränkung der Redefreiheit in jeder Form. Sie schreibt heute:

Eine gute Folge hat der Antrag der Staatsanwaltschaft aber schon gehabt: die Verhandlungen, und durch Verstärkung der Disziplinargewalt standalösen Vorgängen der in Rede stehenden Art wirksam entgegenzutreten zu können, sind in Fluss gebracht; es handelt sich dabei um ein nobilissimum des Reichstags, das, voll zu über, er um so mehr allen Anlaß hat, wenn er zur Ablehnung des Antrages des Staatsanwaltes gelangen sollte. —

Remigisdenzen. Mit der Königstreue und der unbedingten Verehrung des Monarchen war es in den bürgerlichen Parteien selbst in Preußen nicht immer zum Besten bestellt. So erzählt der zahlreichsinnige Wulle in seiner „Geschichte der neuesten Zeit“, trotz seiner Verherrlichung Wilhelm's des Ersten und Bismarck's aus der Konfliktzeit folgendes. Im Jahre 1863 erging kurz nach Schluß des Landtages die famose Preßverordnung:

Aber darin hatten sie (die Minister) sehr geirrt, wenn sie glaubten, mit der Anhebung der Preßsachen die öffentliche Meinung zu knebeln. Erregt wie diese einmal war, hielt sie den Ingrim, der sie beherrschte, auch ohne die tägliche Nahrung, die ihr sonst die Zeitungen zuführten, fest, ja sie vergiftete sich

Laß mich, ich werde stark sein, antwortete sie mit gebrochener Stimme, aber Du, mein armer Sohn, werde nicht krank in meiner Abwesenheit. Ich habe jetzt nur noch Dich.

Und sie weinte still unter ihrem Kreppschleier. Sie passirten eine Station nach der anderen. Die Nacht sank herab, eine kalte, sternlose Nacht. Der Zug leuchtete jetzt die Höhen des Jura hinauf. Mallorbes! Mallorbes! Hier war die Grenze. Sie mußten sich trennen. Eine letzte Umarmung, abgerissene Worte, ein Strom von Seufzern und Erinnerungen, die Fran Messant erschütterten.

O wie war sie noch vor sechs Monaten, als die denselben Ort passirte, so glücklich gewesen! Schon fuhr der Zug wieder ab, und René stand noch unbeweglich auf dem Quai des Bahnhofes und folgte in der Finsterniß den feurigen Augen des letzten Waggons, so lange sie sichtbar waren. Wie vernichtet blieb er in seinem einsamen Schmerze zurück, als wenn Vater, Mutter und Vaterland zugleich für immer in der Finsterniß, in dem Nichts entschwunden wären.

Als er nach Wevey in die verdorbene Wohnung zurückkehrte, war es ihm unmöglich, dort zu bleiben. Das Alleinsein war ihm entsetzlich; das Schweigen bedrückte ihm das Herz. René floh vor dem Kummer, der ihn an der Schwelle des Zimmers anfiel, in dem er das Antlitz seines Vaters auf dem Todtenbette zu sehen glaubte. Er gab sich für einige Tage in Benison. Unfähig zu lesen und zu schreiben, irrte er auf's Gerathewohl in seinen freien Stunden umher. Naturgemäß trugen ihn seine Fäße in die Nähe des Moderapfischen Hauses. Dadurch, daß die Trauer die Seele weicher stimmt, macht sie dieselbe der Liebe mehr zugänglich. Er ging dorthin nicht etwa in dem Verlangen nach berauschendem Glück und wohnigen Verzückungen, sondern hingezogen durch den Wunsch nach herzlicher Sympathie, nach jätlichem Troste. Er brauchte einen Menschen, den er liebte und der ihm, wenn es auch nur durch einen Blick geschah, ein wenig mitleidige Zuneigung bewies. Aber Annette war unsichtbar, und so lehrte er nachdenklich, niedergedrückt, das Haupt gesenkt in dem Regenübernebel zurück, der

mehr und mehr, und die allgemeine Verehrung, die man einst dem Könige entgegenbrachte, wandelte sich nicht allein in das Gegentheil um, sondern artete in völlige Verleumdung (des Charakters und der Beweggründe des Fürsten aus. . . . Es kam soweit, daß die Stadtverordneten von Berlin beschloffen, in Zukunft überhaupt von Adressen an den Monarchen und seine Familie abzusehen, daß sie beim Tod des Prinzen Friedrich am 31. Juli in der That die übliche Beileidsbezeugung unterließen, daß selbst kleinere Städte durchreisenden Prinzen, sogar dem Kronprinzen jede feierliche Begrüßung versagten. Es wäre gewiß interessant, einmal die alten Verhandlungsprotokolle der heute in ihrer Mehrheit so byzantinischen Berliner Stadtverwaltung zu durchblättern und die Namen der damaligen Wortführer festzustellen. Uebrigens veränderte die Erbitterung nicht sehr schnell. Aus dem Jahre 1865 verrichtet Bulle:

Die fünfzigjährige Jubelfeier der Vereinigung des Rheinlandes mit Preußen verlief kalt, in gedrückt Stimmung; die Liberalen schloffen sich vielerorten davon aus, der König selbst konnte nicht in dem verdorrten Köln, sondern mußte in Aachen am 15. Mai 1865 die Hauptfeier begeben. . . . Vom Rhein bis zum Pregel gab es keine große Stadt, die nicht in den Kampf gegen die Regierung verwickelt gewesen wäre. . . . Dafür verweilerten dann die städtischen Behörden in Köln oder Trier, in Essen oder Münster die geforderte Theilnahme an den Jubelfesten, lehnten in Stettin den feierlichen Empfang des Kronprinzen ab, oder unterließen in Königsberg wohl gar die Erleuchtung und Festsetzung an des Königs Geburtstag, in einem so königstreuem Volke, wie das preussische seit Alters gewesen, Vorgänge von erster Bedeutung, Zeugnisse für den Beginn einer Umwandlung des städtischen Urtheils, die jedem monarchisch gesinnten Manne beunruhigender erscheinen mußten, als die revolutionären Ausschreitungen des Jahres 1848 oder die Mordversuche eines Tschisch oder Oskar Becker.

Wie man es damals verstand, die rebellische Bourgeoisie wieder zu befähigen und von neuem zu getreuen Dienern des angestammten Herrscherhauses zu machen, ist bekannt. Das Mittel war, wie Bulle an anderer Stelle sagt: „eine glänzende auswärtige Politik“ — die Blut- und Eisenpolitik des großen Bismarck, wirksam unterstützt durch ein heuchlerisches Liebeln mit Handwerkern und Arbeitern! Bulle sagt darüber:

Der Justizrath Wagener hatte schon in den letzten Jahren eifrig daran gearbeitet, die kleinen Handwerksmeister in die Rege der Kreuz-Zeitungsparthei zu locken, wobei ihm der Widerwille dieser Kreise gegen die Gewerbefreiheit gute Dienste leistete. Viel wichtiger war es, die eigentlichen Fabrikarbeiter von der Fortschrittspartei abwendig zu machen, und das konnte nicht wirkungsvoller geschehen, als wenn ihr Reid gegen die Bestehenden rege gemacht und ihr Glaube an die Selbsthilfe erschüttert wurde.

Rein Wunder, daß die für ihr Ausbeutungsgeschäft zitternde Bourgeoisie reuig von ihrem Uebermuth zurückkam — worauf dann schon 1868 das sogen. Rothgewerbegesetz und 1869 die Gewerbe-Ordnung zu Stande kam, und die Bekämpfung der Arbeiterparthei nicht lange auf sich warten ließ.

Daß auch jetzt wieder alle monarchisch gesinnten Männer schwer beunruhigt sind, liegt auf der Hand. Aber die damals angewandten Mittel sind heute nicht brauchbar; eine Politik des auswärtigen Krieges verbietet die trostlose Wirtschaftslage — der furchtbare Zusammenbruch würde der Kriegserklärung auf dem Fuß folgen! Eine neue Partei gegen die Sozialdemokratie aufspielen? Es geht nicht, denn die Sozialdemokratie ist auf dem besten Wege, Kopf und Herz immer weiterer Massen zu gewinnen. So greift man denn zu Staatsanwalt und Richter (im Januar 1866 bewährte sich das durch zwei vom Justizminister ernannte Hilfsrichter erweiterte Obergericht, indem es die Verfolgung der Abgeordneten Twetten und Frenzel wegen einiger Reden im Landtag mit einer Stimme Mehrheit für zulässig erklärte) und versucht es mit Verschärfungen des Straf- und Preßgesetzes, die sich der oben erwähnten Preßverordnung von 1863 würdig zur Seite stellen können. Ob der Erfolg derselben ein anderer sein wird, als der damalige? Wir können es abwarten. —

Die Sozialpolitik der Reichspartei erkennt man aus ihren Anträgen auf Vorlegung eines Entwurfs betreffs Errichtung von Handwerkerkammern und Einführung des Befähigungsnachweises, sowie auf Beschränkung der Beschäftigung von Strafgefangenen. Es ist späßig, die Schlot-

*) Nicht uninteressant ist es, daß nach dem mit 84 gegen 26 Stimmen gefaßten Beschlusse im Ministerium dieserhalb die Frage einer Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung erörtert wurde. (Schultheß, Europäischer Geschichtskalender, 1864.)

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Am Exil.

27

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

So durfte er sie nur bis zur Grenze begleiten. Lucien, durch ein Telegramm benachrichtigt, sollte den traurigen Zug auf dem Bahnhof von Paris empfangen. Frau Messant sollte unter dem Schutze ihres Dienstmädchens, einer braven Waadtländerin, reisen, die nur leider selbst noch des Schutzes sehr nöthig bedurfte.

Der Sarg sollte von dem Trauerhause nach dem Bahnhof gebracht werden. Blumen und Kränze waren von allen Seiten geschickt worden, und Annette brachte selbst einen großen Strauß von Gypsanthemen. Frau Messant umarmte sie wortlos, und René drückte ihr mit dankbarem Blick die Hand. Dann erschienen auch Pastor Borel. Herr Messant hatte niemals der reformirten Kirche angehört, aber, trotzdem er sich seit langem von dem katholischen Kultus losgesagt hatte, sagte er früher oft, wenn er die vornehme Einfachheit der protestantischen Beerdigungen bewunderte, bei denen alles sich auf eine intime Feier im Hause des Verbliebenen beschränkt:

Das gefällt mir! So möchte ich auch begraben werden! Auf die Bitte der Wittve kam Herr Borel, der in erster Linie Mensch und dann erst Beamter war, um dem scheidenden Manne das brüderliche, letzte Lebewohl derer, die zurückblieben, zu bringen.

Bald ließen auch die letzten Freunde René an der Thür des Wagens allein, in dem seine Mutter gestiegen war. Er entzog sich schnell dem Anblick des schwarzen Wagens, in dem der Sarg wie in einem Grabe verschwunden war, und der nun mit Bleisiegeln geschlossen wurde. Er hielt die Hand der Mutter in der seinen und gab ihr die sorgfältigsten Ermahnungen und Rathschläge mit für die Reise. Er bot sie, auf das Beste für sich zu sorgen, ihm nach ihrer Ankunft sogleich zu schreiben.

ihn an diesem Abend dicht einhüllte, umschloß und seinen Blick auf höchstens zehn Schritt im Umkreis beschränkte, so daß es ihm war, als wandle er in einem beweglichen Gefängniß, das ihn von der übrigen Welt trennte. Die wenigen Passanten nahmen die unbestimmten Formen von Phantomen an. Plötzlich stieß er auf dem Trottoir, auf dem er ging, fast an ein junges Mädchen, das aus der entgegengesetzten Richtung kam und einen leisen Ruf des Erstaunens ausstieß. Er erkannte Annette, und eine Blutwelle stieg ihm ins Antlitz. Während er sie begrüßte, sagte sie sich zuerst und sagte bewegt:

Ah, Herr Messant, wie habe ich Sie in diesen Tagen beklagt!

Und in diese einfachen Worte legte sie die ganze Härlichkeit ihrer Seele. Er dankte ihr, gestand, daß er sehr traurig, sehr schmerzlich bewegt und sehr einsam wäre. Er fügte hinzu, daß es ihm unendlich wohl thäte, in seinem Schmerze ein freundschaftlich empfindendes Herz zu finden, das seinen Kummer theilte. Seine Stimme bebte, und ein ähnliches Beben erfüllte auch die Annette's, als sie sagte:

Wie schade, daß Sie nicht mehr, wie früher, in unserem Hause wohnen! Ich wäre so glücklich, könnte ich Ihnen diese traurigen Tage erleichtern!

Sie reichte ihm die Hand. René ergriff sie und behielt sie in der seinigen.

Sie sind sehr gut, sagte er. Ich danke Ihnen inniger dafür, als ich sagen kann. Und Sie haben recht, gut gegen mich zu sein. Wenn Sie wüßten, wie sehr ich Sie liebe!

Bei diesem Geständniß, das ihm unerwartet über die Lippen kam, erbleichte das junge Mädchen. Sie schwieg eine Minute, dann antwortete sie leise, wie im Kampfe zwischen Freimuth und Scham:

Ich auch, ich liebe Sie sehr!

O theure, kleine Annette! rief René, und als wenn der Nebelschleier einer unburchdringlichen Mauer um sie gebildet hätte, führte er stürmisch die Hand des jungen Mädchens an seine Lippen.

(Fortsetzung folgt.)

Barone, die Förderer der Mittel- und Kleinbetriebe in der Rolle des Schüfers des Handwerks betrachten zu können.
Sollten unsere Innungsmeister schon so tief gesunken sein, daß sie auch diesen Wölfen im Schafpelze Vertrauen entgegenbringen? —

Die königliche Eisenbahn-Direktion Breslau übersendet uns das folgende Schreiben:

Breslau, den 8. Dezember 1894.

Unter Bezugnahme auf unsere Zuschrift vom 2. November d. J. P. 1708 und die dortige Antwort vom 7. November d. J. eruchen wir die Redaktion, nachfolgende Verichtigung in die nächste Nummer des „Vorwärts“ aufnehmen und, daß dies geschehen, uns gefälligst mitteilen zu wollen.

Unrichtig ist, daß Beamte, also im Beamtenverhältnis stehende Personen, als solche seitens der preussischen Staats-Eisenbahnverwaltung entlassen worden sind, um auf die Strecke als Arbeiter kommandiert zu werden.

Nach den diesseits angestellten Ermittlungen kann sich der zur Sprache gebrachte Fall nur auf einen seit dem Jahre 1865 mit mehrjähriger Unterbrechung auf den ober-schlesischen Bahnen, in den letzten Jahren als Hilfsbremser auf Station Kattowitz beschäftigt gewesen Arbeiter beziehen, welcher anlässlich seiner mehrfachen Bestrafung wegen Ungehorsams, unbefugter Arbeitsleistung u. s. w. vom 1. Oktober d. J. ab aus dem Fahrdienst zurückgezogen und bei einer Bahnmeisterei als Streckenarbeiter gegen einen Tagelohn von 1,70 M. eingestellt worden ist.

Die Zurückziehung dieses Arbeiters aus dem Fahrdienst, in welchem im Interesse der Betriebssicherheit ausschließlich zuverlässige Leute Verwendung finden dürfen, war hiernach geboten.

Daß bei dieser Gelegenheit der betreffende vorgeordnete Beamte die Äußerung: „ich werde mir den Bahnhof frei machen und die alten Kerle alle fortjagen“ oder auch nur eine ähnliche habe fallen lassen, müssen wir nach dem Ergebnis der geführten Untersuchung in Abrede stellen. Wehrmann.

Zudem wir von dieser Einsendung Notiz nehmen, müssen wir unser Bedauern darüber ausdrücken, daß die königliche Eisenbahn-Direktion Breslau nicht in der Lage ist, mehr in Abrede zu stellen, als in diesem Briefe geschieht.

Sonntagsruhe im Güterverkehr auf den süd-deutschen Eisenbahnen. Aus Stuttgart wird telegraphiert: Vom 1. März 1895 ab führt Württemberg nach Vereinbarung mit den übrigen süddeutschen Staaten die vollständige Sonntagsruhe im Eisenbahn-Güterverkehr ein mit Ausnahme einiger weniger notwendiger Beschränkungen.

Der Landrat von Niederbarnim hat uns durch Vorlage der Originale der beiden im „Vorwärts“ abgedruckten Erlasse ermöglicht, die vollständige Uebereinstimmung unseres Textes mit dem amtlichen zu konstatieren.

Nachdem dies geschehen war, wurde unser Redakteur Braun heute über die Art, wie die Aufnahme des Artikels in unser Blatt erfolgte, von dem beauftragten Richter vernommen. Da das Interesse der Redaktionen beim Empfang solcher Aktenstücke stets dahin geht, gar nicht über die Herkunft derselben zu erfahren, während die amtlichen Organe sich gerade hierfür am lebhaftesten interessieren, so war unser Redakteur Braun, dem die Akten übergeben worden waren, nicht in der Lage, irgend etwas zu befunden, was auf die Spur der Person führen könnte, die dem „Vorwärts“ die Aktenstücke zur Verfügung gestellt hatte.

Für Bourdeau, den eben verstorbenen Präsidenten der französischen Kammer, veranstalteten heute Deputiertenkammer und Senat des französischen Parlaments Trauerkundgebungen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten möchte man gerne auch in der italienischen Kammer mundtot machen. Ein offizielles gefärbtes Telegramm aus Rom meldet hierüber:

Die Deputierten sind sehr zahlreich anwesend, die Tribünen überfüllt. Auf eine Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Berenini betreffend die Auflösung des Gemeinderaths von Parma antwortete der Unterstaatssekretär des Innern Galli, indem er erklärte, daß diese Auflösung lediglich aus administrativen Gründen erfolgt sei. Berenini erklärte sich durch diese Antwort nicht befriedigt und knipste daran eine längere Erwiderung, so daß ihm der Präsident schließlich das Wort entzog. Dies rief einen tumultuarischen Zwischenfall hervor. Der Sozialist Agnini wendet sich mit heftigen Worten gegen das Präsidium. Der Präsident spricht die Hoffnung aus, daß die Kammer gegen solches Verfahren protestieren werde. (Lange anhaltender Beifall.) Agnini fährt unter großem Lärm fort zu schreiben, worauf der Präsident sich bedeckt. Unter großer Erregung des Hauses wird die Sitzung suspendiert.

Aus Rom trifft ferner die folgende Depesche ein:

In einer zweiten Sitzung erklärte der Abgeordnete Agnini, er habe nicht die Absicht gehabt, den Präsidenten, welcher die Würde der Versammlung repräsentiere, zu beleidigen. Di Rudini hielt eine warme Lobrede auf den Präsidenten und schloß mit dem Antrage, zu Ehren desselben ein Jubiläumsvotum abzugeben. (Anhaltende, allgemeine Beifallsbekundungen.) Der Präsident dankte der Kammer und erklärte, er habe sich jederzeit von dem Gefühl der Pflicht leiten lassen. (Lebhafte Zustimmungen.)

Hierauf wurde die Beratung der Tagesordnung wieder aufgenommen.

Die neueste Wendung im Panamino-Skandal scheint Herrn Crispi sehr unlegen zu kommen. Er glaubte die unangenehme Sache vollständig beendet und nun hat ihm sein Vorgänger Giolitti einen gehörigen Streich gespielt, indem er sein Panama-Material der Kammer vorlegte, so daß Kammer und Volk neuen Stoff zur Diskussion der Angelegenheit haben, die die obersten Epigen des italienischen Staates aufs Schwerste kompromittiert hat und noch weiter kompromittieren wird. Crispi scheint nun wieder einen Gewaltakt zu planen, um die Sache nicht zur öffentlichen Diskussion zu bringen.

Die bezügliche aus Rom vorliegende Depesche lautet: Wie die Abendblätter melden, konferierte der Ministerpräsident Crispi heute längere Zeit mit dem König. — Der „Folio“ zufolge war in der Kammer das Gerücht im Umlauf, der König habe ein Dekret auf Vertagung der Kammer für den Fall, daß sich neue tumultuarische Szenen ereignen sollten, unterzeichnet.

Die Vernichtung der Korinthen, die in Griechenland angeregt worden war, um die Lorräthe zu vermindern und dadurch den Preis der Korinthen zu heben, ist jetzt beschlossen worden. Die griechische Kammer genehmigte mit 74 gegen 69 Stimmen einen Antrag auf Einziehung und Vernichtung eines Theils der Korinthenkerne, um dadurch den gesunkenen Preis für Korinthen zu heben. Die Ausführungsweise ist noch nicht festgestellt.

Die Maßregel wird mit Recht als eine „wirtschaftliche Ungeheuerlichkeit“ bezeichnet. Ist es nicht der heilige Wahnsinn, Volksmahrungsmittel zu ver-

nichten, nur weil sie im Ueberfluß vorhanden sind und deshalb nicht den gewünschten Preis bringen. Ist es nicht die Bankrotterklärung der kapitalistischen Weltordnung, in der sich alles und jedes nur nach der Frage richtet: bringt es einen größeren oder einen geringeren Profit? nicht aber danach, ob es dem Volk, der Menschheit nützlich ist. — Eine derartige Gemeinheit, wie die willkürliche Vernichtung von Nahrungsmitteln, während Millionen von Menschen hungern, ist in einer sozialistischen Gesellschaft unmöglich.

Aus Newfoundland (englische Kolonie in Nordamerika), wo eine schwere Bankkrise ausgebrochen ist, wird gemeldet, daß infolge der Finanzkrise das Geld gänzlich dem Umlauf entzogen ist. Die Geschäfte stocken vollständig; die Arbeiter können ihre Löhne nicht erhalten, sodaß eine Revolution erwartet wird. Fast alle Banken haben ihre Zahlungen eingestellt.

Vom japanisch-chinesischen Kriegeschauplatz liegen die folgenden Meldungen vor:

Dem „Neuerlichen Bureau“ wird aus Shanghai vom heutigen Tage berichtet: Hier liegt die Meldung vor, daß zwei japanische Divisionen in einer Gesamtsstärke von 25 000 Mann in Shanghai-twan bei Tsaku gelandet sein sollen mit der Absicht, auf Peking vorzurücken.

Nach Meldungen aus Korea hat der japanische Spezialgesandte in Seoul, Graf Inouye, eine wichtige Konferenz mit dem König gehabt. Die Demission des nach den Vorfällen im Juli von dem König ernannten Regenten gilt für wahrscheinlich. Eine starke Abtheilung der aufständischen Tonghals wurde von den Japanern bei Koshin geschlagen; die Tonghals erlitten große Verluste, zwei ihrer Führer wurden getödtet. Eine Abtheilung der zweiten japanischen Armee besetzte widerstandslos Puskau im Norden von Peking. Die Chinesen zogen sich in der Richtung auf Peking zurück.

Das „Herold-Bureau“ übermittelt folgende Depeschen: Die den „Times“ aus Kobe gemeldet wird, soll demnächst von Hiroshima nach China eine neue Expedition abgehen.

Einer „Times“-Meldung aus Shanghai zufolge hat der Botschafter von Peking auf die Köpfe von Japanern Prämien angesetzt.

Aus Shanghai kommt die Meldung, daß in Peking große Panik herrsche. Wehin sich der kaiserliche Hof wenden werde, sei noch unbekannt. Die Japaner sollen im Anmarsch gegen Peking sein.

Parlamentarisches.

Die Geschäftsordnungs-Kommission verhandelte heute Vormittag über den Antrag des Staatsanwalts, welcher die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Viehnecht wegen Majestätsbeleidigung nachgesucht hat. Die Verhandlungen wurden von dem Abg. v. Rehter geleitet, da der Vorsitzende Abg. Singer seinen Stellvertreter ersucht hatte, in diesem Falle den Vorsitz zu führen. Die Kommission war bis auf ein Mitglied vollständig. Der Referent Abg. Dr. Wischel (nat.) glaubte seinem Bedauern über den bekannten Vorgang Ausdruck geben zu müssen, meinte jedoch andererseits, daß er sich auch nicht zu der politischen Heidelei verheigen könne, einer Partei den Zwang aufzuerlegen, gegen ihre Ueberzeugung zu handeln. In eine Prüfung der Rechtsfrage, ob der Vorgang als Majestätsbeleidigung anzusehen sei, könne und solle sich die Kommission nicht einlassen, aber darüber müsse der Reichstag bei der Entscheidung über den Antrag entscheiden, ob die Erfüllung des Verlangens des Staatsanwalts nicht die durch Art. 30 der Verfassung dem Abgeordneten gewährleistete Immunität durchbreche.

Nach Ansicht des Referenten ist es als zweifellos zu betrachten, daß die interimierte Handlung in Ausübung des Berufs als Abgeordneter geschehen und daß dieselbe als eine „Äußerung“, wenn auch keine mündliche, anzusehen sei. Dadurch ergebe sich, daß der Art. 30 der Verfassung Anwendung finden müsse. Nach längeren Ausführungen über die Entstehungsgeschichte des Art. 30 der Verfassung stellt der Referent den Antrag, dem Antrage des Staatsanwalts die Genehmigung zu verweigern und schlägt vor, mit diesem Beschlusse eine Resolution zu verbinden, wonach der Reichstag aufgefordert werden soll, die Disziplinargewalt des Präsidenten zu verstärken.

Der Korreferent Abg. Koeren (Ztr.) wünscht keine Verquickung der Angelegenheit mit einer etwaigen Änderung der Geschäftsordnung. Er plaidirt für Zurückweisung des staatsanwaltlichen Gesuchs, und will zwar keine Entscheidung in der Rechtsfrage getroffen haben, ist jedoch der Ansicht, daß, nachdem der Antrag einmal eingegangen ist, der Reichstag die Pflicht habe, jeden Versuch, in das Immunitätsrecht der Abgeordneten einzugreifen, energisch zurückzuweisen. Der Art. 30 der Verfassung schließt nach Ansicht dieses Redners jede Möglichkeit aus, Viehnecht wegen seines Verhaltens strafrechtlich zu verfolgen.

Abg. v. Holleuffer (Kons.) ist der Ansicht, daß die Genehmigung erteilt werden muß. Majestätsbeleidigungen dürfen nicht infolge der Immunität strafflos bleiben. Die Rechtsfrage, ob der Vorgang sich als Majestätsbeleidigung darstelle, wolle er nicht entscheiden, dies sei Sache der Gerichte, und um diese Entscheidung baldmöglichst herbeizuführen, möge man dem Antrag willfahren. Für ihn und seine Partei seien politische Erwägungen maßgebend und von diesem Standpunkt aus werde seine Partei stets, wenn es sich um Majestätsbeleidigungen handle, die Erlaubnis zu sofortiger Verfolgung geben.

Abg. Träger (Frs. Volksp.) will ebenfalls keine Entscheidung in der Sache treffen, es sei das weder Aufgabe der Kommission noch des Reichstages. Redner erklärt sich auch gegen eine Resolution bezüglich der Verstärkung der Gewalt des Präsidenten, namentlich in unmittelbarer Verbindung mit der vorliegenden Frage. Nach seiner Ansicht steht der Abg. Viehnecht unter dem Schutze des Art. 30 der Verfassung. Das solle in dem Beschlusse der Kommission ausgesprochen werden.

Abg. Singer (Soz.) weist nachdrücklich darauf hin, daß sich ein Staatsanwalt zum ersten Male herausnimmt, sich in Vorgänge, die innerhalb des Reichstages geschehen sind, einzumischen. Bislang handelte es sich bei ähnlichen Anträgen immer um Vorgänge, die außerhalb des Hauses vorgekommen waren. Dadurch sei Art. 27 der Verfassung, der ausdrücklich festsetzt, daß der Reichstag selbst seine Disziplin regelt, verletzt. Nach Ansicht der bedeutendsten Strafrechtslehrer habe kein Gericht das Recht, sich in innere Vorgänge des Parlaments einzumischen. Außerdem könne Artikel 30 der Verfassung in Betracht. Die juristische Hauptfrage, daß „Sündenböden“ keine „Äußerung“ sei, sei hinfällig. Die Drohung der ministeriellen Korrespondenz, im Falle der Ablehnung des Antrages, eine Aenderung der Strafprozeduren in Aussicht zu nehmen, müsse von dem Reichstag damit beantwortet werden, daß er seinen Ablehnungsbeschlusse mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Artikel 27 und 30 der Verfassung motivirt.

Abg. Graf v. Mitzsch (L.) erklärt sich für Genehmigung des Gesuchs, da Majestätsbeleidigungen nicht unter die Immunität fallen und in allen Fällen strafrechtlich verfolgbar sein müssen.

Abg. v. Ggelski (Volk.) spricht für Ablehnung des Antrages, weil derselbe verfassungswidrig sei.

Abg. Gamp (F.) ist für Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung. Da die Gerichte an Beschlüsse des Reichstages nicht gebunden sind, hält er den Hinweis auf Art. 30 der Verfassung für überflüssig. Im Interesse aller Beteiligten liege es, die Sache möglichst schnell vor den ordentlichen Richter zu bringen. Im übrigen will er die Frage einer Verstärkung der Disziplinargewalt des Präsidenten bzw. des Reichstages besonders behandeln.

Der Referent Abg. Dr. Wischel zieht seinen Antrag auf Resolution wegen der Disziplinargewalt zurück, da derselbe keinen Anklang gefunden und beantragt, die Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung Viehnechts für die Dauer der Session nicht zu erteilen. Dieser Antrag wird mit 9 gegen 4 Stimmen (3 Kons. und 1 Freikon.) angenommen. Ferner beschließt die Kommission auf Antrag des Abgeordneten Singer, den Referenten zu eruchen, bei seinem Vortrag im Plenum ausdrücklich hervorzuheben, daß die Kommission zu dem Beschlusse, die Genehmigung zur Verfolgung zu verweigern, in Rücksicht auf die Artikel 27 u. 30 der Reichsverfassung gelangt ist.

Die Abtheilungen des Reichstages haben sich konstituiert und zu ihren Vorsitzenden resp. deren Stellvertretern gewählt: 1. Abtheilung Dr. Langerhans, v. Gharlinski; 2. Abth. Frhr. v. Stamm-Halberg, Singer; 3. Abth. Dr. Sieber, Dr. von Marquardien; 4. Abth. Graf v. Kanitz-Podangen, Gütber; 5. Abth. Graf v. Hompesch, Träger; 6. Abth. Dr. v. Bennigsen, Dr. Minteln; 7. Abth. Tuer, Graf v. Hofstein.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich in ihrer letzten Fraktionsversammlung am Dienstag neu konstituiert und den Vorstand der vorigen Session wiedergewählt. Demnach ist Graf Hompesch Vorsitzender der Fraktion, Domdecan Reindl stellvertretender Vorsitzender. Dem Vorstand gehören als Mitglieder an die Abgeordneten: Dr. Sieber, Dr. Frhr. v. Heereman, Graf Galen, Dr. Ringen, Dr. Minteln, Dieden, Frigen, Horn, Nischbaldler, Dr. Schädel, Gröber und Frhr. v. Vuol-Berenberg. Zum Schatzmeister wurde Abg. Dr. Bod, zum Protokollführer Abg. Krebs gewählt. Von dem Vorstand des Zentrums sind folgende sechs Mitglieder in den Senatorenkonvent delegirt: Graf Hompesch, Dr. Sieber, Dr. Frhr. v. Heereman, Dr. Minteln, Dieden und Frhr. v. Vuol-Berenberg.

Änderung der Konkurs-Ordnung. Das Zentrum hat, wie in der vorigen Session, einen Initiativantrag betr. die Abänderung der Konkurs-Ordnung eingebracht.

Parteinachrichten.

Prozeß Gradnauer. Aus Dresden geht uns folgendes Privattelegramm zu: Heute verhandelte die Strafkammer in der bekannten Militärbehörden-Beleidigung gegen Gradnauer. Die Strafe wurde von zehn auf fünf Monate herabgesetzt. Die Strafkammer nahm im Gegensatz zum Amtsgericht an, daß die Offiziere des 102. Regiments nicht beleidigt seien, sondern nur die Mannschaften. Im übrigen sieht das Landgericht genau auf dem Standpunkte des Vorderrichters. Gradnauer sei als Verfasser anzunehmen. Da Kollisionsgefahr nicht mehr anzunehmen sei, wurde Gradnauer auf freien Fuß gesetzt. Gradnauer wurde von einer Anzahl Freunde vor dem Gericht freudig begrüßt.

Sarburg. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heute stattgehabten Gemeindegewahl siegten unsere 6 Kandidaten mit großer Majorität. Die Gegner erhielten nur 64 Stimmen.

Kreisversammlung. Am Sonntag, den 9. d. M., fand in Freienwalde a. O. eine Kreisversammlung des Oberbarnimer Kreises statt, in welcher Genossin Jhrer Bericht über den Parteitag erstattete. Die Versammlung, welche außergewöhnlich stark besucht war, erklärte, sich den Beschlüssen des Parteitages zu unterwerfen, konnte sich aber im allgemeinen mit der Abstimmung über die bayerische Angelegenheit nicht einverstanden erklären, sondern hätte gewünscht, daß der Berliner Antrag in dieser Sache, ohne Amendement Stadthagen, angenommen wäre. Auch wurden von der Versammlung die langathmigen Erklärungen Vedels, Bollmar's und Grillenberger's einer abschlägigen Kritik unterworfen. Man war der Meinung, daß eine öffentliche Kritik wohl am Platze sei, aber diese wohl in den „Sozialdemokrat“ hineingeschrieben, aber nicht wochenlang die Spalten des „Vorwärts“ und anderer Parteiblätter damit zu füllen. Der Beschluß, die Manifeste für die 1. Mai zu begeben, wurde, trotzdem einige Genossen als Gegner auftraten, von der Versammlung gutgeheißen.

Der Boykott in Braunschweig wird weiter geführt. Nachdem die Verhandlungen zwischen den Brauereibesitzern und der Boykottkommission sich zerlegten hatten, berief die letztere eine Vorkonferenz ein, um sich weitere Verhaltensmaßregeln geben zu lassen. Die Versammlung, die von etwa 200 Personen besucht war, gab nach eingehender Diskussion ihre Stellungnahme durch die Annahme folgender Resolution kund: „In anbetraucht des Umstandes, daß die Zugehörnisse der Brauereibesitzer, welche dieselben der Kommission der Brauerei-Arbeiter gegenüber, betreffs Einstellung der noch Ausgesperrten gemacht haben, keineswegs die Zustimmung der Braunschweiger Arbeiter finden können; in der Erwägung, daß der Boykott trotz seiner langen Dauer keineswegs ungünstig für die Arbeiterchaft steht und die Annahme der Brauereibesitzer, die Mehrzahl der Parteigenossen sei gegen die Weiterführung des Boykotts, eine Irrge ist, beschließt die heute am 11. Dezember im „Hörsaal“ tagende Volksversammlung, den Boykott auch fernerehin energisch weiter zu führen, bis die Forderungen der Brauerei-Arbeiter bewilligt sind.“

Bei den Leipziger Stadterordneten-Wahlen der zweiten Wählerklasse, die am 10. Dezember stattfanden, regte, wie vorausgesehen war, der Ordnungsbret. Für den sozialdemokratischen Kandidaten wurden 100 Stimmen abgegeben. In der zweiten und dritten Wählerklasse wurden also zusammen 8549 sozialdemokratische Stimmen gegen 8151 der gesamten Ordnungsparteien abgegeben.

Bei den Gemeinde-Auswahlwahlen in Bollmershausen bei Bremen siegten die Kandidaten der Sozialdemokratie mit einer Majorität von 173 Stimmen.

In einer Parteiversammlung in Eiberfeld erstattete der Vertrauensmann Genosse Ullensbaum Bericht über die Parteibewegung und Thätigkeit im verfloffenen Jahre. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß unsere Eiberfelder Genossen ihre Pflicht gethan haben. Ullensbaum gab an, daß sieben Parteiversammlungen und sechs Volksversammlungen stattgefunden haben, von denen mehrere äußerst gut besucht waren. Agitationsstouren nach der Umgebung von Eiberfeld, auf denen Broschüren, Flugblätter etc. verbreitet wurden, fanden eben statt. Am 11. März und am 20. April wurden je 30 000 Flugblätter verbreitet. Das erste behandelte die Ursache der Arbeitslosigkeit, das zweite die Bedeutung der Arbeiter-Masse. — In behördlichen Maßregeln und Entscheidungen des neuen und neuesten Rufes ist zu erwähnen: Die Auflösung einer Frauenversammlung, die Schließung des Frauenvereins, zwei Hausdurchsuchungen in der „Freien Presse“, finden wollte man den „Generalmarsch“ sowie den „Vud“, Verbot des Manifests und Lassalet-Ani-Sedangues, sowie verschiedene mehr oder minder schwere Verurtheilungen von Genossen. — Als Vertrauensmann wählte die Versammlung den Genossen Ullensbaum wieder.

Wozu Annehmengesetze, wenn es heute schon möglich ist, jedes Jahr unsere Parteigenossen zu Jahrzehnten von Gefängnis zu verurtheilen und ihnen Zehntausende von Geldstrafen auszu-

erlegen, wie unser: „Unter'm neuen Kurs“ genügend bezeugt? ! Neben das gleiche Thema wird uns aus Freiburg i. Sch. L. geschrieben: Hier werden die Anklagen gegen die Sozialdemokraten engros erhoben. In der letzten Schöffengerichtssitzung standen vor den Schranken: 1. Genosse Hainich wegen Beleidigung der hiesigen Behörde; 2. Genosse Hartung wegen Beleidigung durch die Presse und Kallenden und Verbreiten von Drucksachen ohne behördliche Erlaubnis; 3. Genosse Scheffler wegen Beihilfe zu letzterem (Tragen des Kleinstertops); 4. Genosse Stellmacher wegen unbefugten Kollektivens. — Hainich soll in einer Holzarbeiter- und in einer Volksversammlung gefolgt haben, so belandeten zwei als Zeugen vernommene Polizisten; unsere Polizei ist der Nachtmächter des Kapitalismus. Er wurde freigesprochen, da die Genossen Hauptmann, Hartung und Förster als Zeugen dies energisch bestritten und nur gehört haben wollten, daß Hainich gefolgt habe: wenn die Polizei dies oder jenes thut, wird sie zum Nachtmächter der Kapitalisten. Beantragt waren 3 Monate und 300 M. — Hartung hat in der letzten Gewerbegerichts-Wahlbewegung Plakate und Flugblätter angeklebt, ohne polizeiliche Erlaubnis zu haben und außerdem sollte der Inhalt des von ihm verantwortlichen gezeichneten Flugblattes für die Beteiligten beleidigend sein. Auch er wurde freigesprochen. — Scheffler entging ebenfalls der Verurteilung und wird gern unter gleichen Umständen den „Kleinstertopp“ wieder tragen. — Stellmacher wurde endlich verurteilt, und zwar zu 6 M., wegen Entree-Erhebung gelegentlich einer Volksversammlung. — Refusiert man die im letzten Halbjahre erledigten und noch schwebenden Anklagen von Parteigenossen im Dienste ihrer Pflicht, so erhält man eine für Freiburg ganz ansehnliche Kollektion: 1. Malfier-Projekt brachte ca. 10 Wochen Gefängnis und ca. 100 M. Strafe. 2. Strafsache gegen Hille und Genossen. Vergehen gegen das Vereinsgesetz, begangen durch Vorstandsmitglieder der Freiburger Jochstelle des Metallarbeiter-Verbandes. (Freisprechung.) 3. Strafsache gegen Scholz und Genossen. Vergehen gegen das Vereinsgesetz, begangen durch Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Jochstelle Freiburg. (Freisprechung in beiden Sachen, große Rechtsanwaltskosten.) 4. Gewerbevergehen, begangen durch gemeinsamen Einkauf von Kornbranntwein, frosbar Hartung, Strafe 150 M. oder 30 Tage. 5., 6., 7. Erlangsfahrte und beschlossene Straftaten. 8. Beleidigung durch die Presse (Woyt-Flugblatt). Untersuchungssache gegen Hartung, Hainich, Kufes, Meier und Geier. 9. Amtsrichter-Beleidigung; Untersuchungssache gegen Hartung. 10. Kirchenbruch, Aufhissen einer roten Fahne auf dem Kirchbäum am 1. Mai cr. (Gefängnis.) 11. Beleidigung durch die Presse. Untersuchungssache gegen Feldmann-Langensbielau, veranlaßt durch eine Lokalnotiz. — Gewiß ein nettes, niedliches Bouquet; lieblicher blühen im schönen Sachsen die Blumen auch nicht. Rechnet man nun zu diesen Strafverfahren noch eine gute Anzahl polizeilicher Verbote, Hausdurchsuchungen, Konfiskationen etc., dann wird man sich ein annäherndes Bild vom „Freiburger Kurs“ machen können. Trost: Vollstreckung voraus!

Ein Appell an die Arbeiterschaft, sich politisch zu organisieren, um bei einer eventuellen Reichstags-Auflösung vorbereitet zu sein, erlassen die Vertrauensmänner vom Wahlkreis 50 f. Münchenberg. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Die Parole für den Wahlkampf wird für die Ordnungsparteien lauten: „Gegen den Umsturz“, und damit werden dann die Steuerpläne in den Hintergrund zu drängen gesucht. Die Sozialdemokratie wird der Popanz sein, mit dem der Arbeiter ins Wecheln gejoint werden soll, und ein Wahlkampf unter solchen Umständen dürfte ein Seitenstück zu den Altentatswahlen von 1878 bilden. Unsere Gegner, die mit jedem Tage verlässener werden, wissen, was für sie auf dem Spiele steht, sie werden und müssen auch ihre ganze Kraft aufbringen; sorgen wir dafür, daß wir ihnen nicht nachstehen.“ — Wie hier, so werden aber auch in anderen Wahlkreisen seitens unserer Parteigenossen Maßregeln getroffen, um eventuellen Falls nicht unvorbereitet zu sein.

Die Parteigenossen Wiens sind unermüdetlich in ihrer Agitation. In zehn Massenversammlungen, die am Mittwoch Abend stattfanden, nahmen sie Stellung gegen die Bestimmungen des Strafgesetzentwurfs über das Koalitionsrecht. Die Redner griffen die Regierung und die Koalition an und traten für das allgemeine Wahlrecht ein.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Ein Spiegelbild deutscher Pressefreiheit. Sieben Anklagen schweben zur Zeit gegen den derzeitigen verantwortlichen Redakteur der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, J. Margraf. Die sieben Verbrechen sollen begangen sein in der Zeit vom 25. August bis 17. Oktober. Auf die Nummern vom 25. August und 1. September der genannten Zeitung entfallen drei Anklagen wegen Beleidigung des Knappschaftsvorstandes; 30 Mitglieder haben in dem einen Fall Strafantrag gestellt. Die Nummer vom 20. Oktober enthält zwei Artikel, durch welche Anklagen wegen Ausreizung zu Gewaltthätigkeit erfolgt ist. Beide Artikel sind anderen Zeitungen entnommen. Die Nummer vom 27. Oktober hat Margraf wiederum zwei Anklagen wegen Ausreizung zu Gewaltthätigkeiten eingebracht; die eine Anklage soll in einem Gedicht gefunden werden. Die letzte Nummer ist beschlagnahmt worden.

— Verbote wurde eine auf Mittwoch Abend in Leipzig anberaumten Versammlung, in der Genosse Schönlank über die Umsturzvorlage sprechen, außerdem Berichterstattung des Agitationskomitees für den 12. und 13. Wahlkreis und Neuwahl stattfinden sollte. Die umfangreiche Begründung, die dem Einberufer schriftlich noch nicht mitgeteilt ist, wird noch Gelegenheit bieten, das Verfahren der Polizei entsprechend zu beleuchten. Aus der mündlichen Mitteilung der Gründe, hebt die „Leipziger Volks-Zeitung“ hervor, daß Genosse Dr. Schoenlank in mehreren Versammlungen sich so scharf über die Umsturzgesetze geäußert habe, daß gegenüber dem nunmehr vorliegenden Gesetzentwurf eine noch schärfere Tonart zu erwarten sei. Unter anderem habe er geäußert, er werde darauf hinwirken, daß dem Verfassungsbruch von oben die Revolution von unten antwortet, und daß Volk müsse seine Verfassung selbst bestimmen, wodurch offenbar die Polizeibehörde um die Nähe der guten Stadt Leipzig sehr besorgt geworden ist. (Wenn auch „vielleicht“, wie der Beamte meinte, der Thatbestand des § 18 noch nicht damit gegeben sei.) In Wahrheit ist die erwartete Verwerfung unrichtig wiedergegeben (der Redner äußerte: der Staatsbrecher löse den Verfassungsbruch, und dem Verfassungsbruch von oben entspreche die Gegenwehr von unten), ein Beweis, wie notwendig es wäre, die Versammlungen durch besähigte Personen überwachen zu lassen — und das ganze zeigt, wie es mit dem gesetzlichen Recht der Bürger steht, wenn auf solche Gründe eine Versammlung verboten werden kann. In Sachsen wenigstens braucht die Reaktion keine neuen Gesetze. Wie weit sie damit kommt im Kampfe mit der Sozialdemokratie, hat sie bereits erfahren, und wird es noch oft genug finden.

— Die Revision des Genossen Funge, Wilhelmshagen, der wegen Beleidigung der Polizei des Kreises Paderborn zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden war, ist verworfen worden.

— In Breslau war kürzlich eine Versammlung aufgelöst worden, weil durch Widerspruch und Zustimmung etwas Lärm entstanden war. Der Einberufer der Versammlung legte Beschwerde ein, wurde aber damit abgewiesen. Nach übereinstimmenden Berichten der beiden überwachenden Beamten habe sich ein Tumult erhoben, der die Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit habe bedrohen lassen.

— Die Beschwerde wegen der verbotenen Versammlung in Meßkau, in welcher Genossin Thier sprechen sollte, verwarf man und forderte den Beschwerdeführer 3 M. Kosten

ab, indem man sich bei Abweisung auf eine in Zwickau stattgefundene Versammlung stützte. Die Gelegenheit benutzte der Herr Amtshauptmann von Polenz und erkundigte sich so ganz nebenbei mit über die Obliegenheiten eines Vertrauensmannes. (Gemeinnützig! Geheimbundprozeß?)

— Die Genossen Stödel und Hiller in Neßlau (Sachsen) waren angeklagt, das Vereinsgesetz übertreten zu haben, weil sie die Versammlung angeblich 10 Minuten zu früh eröffnet hätten. Sie wurden indessen freigesprochen.

— Genosse Emil Groth, Redakteur der „Volkswacht“, verließ am Montag das Gefängnis, in welchem er seit dem 10. August d. J. verweilen mußte, und übernimmt nun, wie mir bereits mitgeteilt, die Redaktion des „Mecklenburger Volksblattes“.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Delegierte der Allgemeinen Orts-Arbeiterklasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen! Unterzeichnete erlauben sich auf die am Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 10^{1/2} Uhr, in Fiedig's Salon, Gr. Frankfurterstr. 27, stattfindende Generalversammlung unserer Klasse aufmerksam zu machen. Delegierte, seid Euch Eurer Pflicht bewußt und erscheint alle in dieser Versammlung, indem Fragen von Bedeutung vorliegen wie die der Erneuerung des Kontakts mit dem Verein der freigewählten Kassenärzte. Delegierte! Ein Jeder von Euch wird wohl noch wissen, was für einen Kampf die Einführung der freien Arztwahl gelöst hat. Jetzt kommt der Vorstand unserer Klasse mit ganz wichtigen Gründen und sucht die freie Arztwahl illusorisch zu machen, indem er den Kontakt mit dem Verein der freigewählten Kassenärzte nicht wieder erneuert, sondern sich mit anderen in Arbeiterkreisen nicht sehr beliebten Ärzten in Verbindung setzt. Mitglieder! Spornet also Eure Delegierten an, daß sie alle pünktlich in der genannten Versammlung erscheinen. Außerdem macht die Kommission noch bekannt, daß Protestlisten bis zum Sonnabend noch bei nachstehenden Mitgliedern abgegeben werden können: W. Schackow, Alte Jochstr. 23; P. Löhde, Waldemarstraße 29, im Laden; Fr. Naasch, Königsbergerstr. 32; Winkler, Händlersdorfstr. 23; W. Schulz, Briegerstr. 9; M. Wiese, Schweinmünderstr. 33, 1. Querweg 3 Tr.; H. Dankhoff, Schauffstr. 114; W. Salomo, Bollnerstr. 67; Frau Mesch, Rykestr. 27, 2 Tr.; Neumann, Charlottenburg, Englischestr. 23; Reder, Rigdorf, Prinz Sandbergstr. 44; Frau Jäger, Rüdorf, Hermannstr. 34, 1 Tr.; Wiesler, Chorinerstraße 33, 1 Tr.

Achtung, Pauer! Alle Beschwerden, betreffend öffentliche Angelegenheiten unserer Gewerkschaft sind zu richten an den Vertrauensmann August Vogel, Fruchtstr. 28, v. IV.

Achtung! An die Gewerkschaften und Vereine Berlins! Man hat begründete Vermutung, daß ein an die Arbeiter der mechanischen Schuhfabrik von Bergschmidt u. Lange, Brunnenstraße, gerichteter Brief nicht in die Hände der Adressaten gelangt ist. Die Absender des Briefes wollen sich mit dem Hilfschuharbeiter Joseph Pfeifer, Rykestr. 7, Hof 2 Tr., in Verbindung setzen.

Mechaniker! Diejenigen Werkhats-Vertrauensmänner, welche ihre Wohnung verändert haben, werden ersucht, ihre Adresse an den Unterzeichneten abzugeben. Ferner werden die Kollegen, welche im Besitz von öffentlichen Fondsmarken sind und noch nicht abgerechnet haben, ersucht, dieses möglichst bald zu thun. Am Freitag, den 14. Dezember, ist bei Schneider, Annenstr. 16, Vertrauensmännerführung.

Zum Bergarbeiter-Kongress in Essen wurden in Oberhohndorf i. B. die Bergarbeiter Prager und Höfer als Delegierte gewählt.

Sämtliche Stellen in der Güstrower Fabrik seien besetzt, so wurde kürzlich in bürgerlichen Blättern behauptet. Wie jedoch aus einer Annonce in der „Berl. B. Z.“ hervorgeht, ist die Fabrik noch eifrig auf der Suche nach Arbeitern. Wenn auch der Streik von den Arbeitern ausgeht, erfuchen wir doch um Fernhaltung des Zuguges nach wie vor, um die Fabrikleistung zu zwingen, die noch in Güstrow vorhandenen Kräfte einzustellen.

Sämtliche Tischler der Hof-Möbelfabrik von Neullinger u. Co. in Karlsruhe haben die Arbeit niedergelegt, da man ihnen den Lohn kürzen wollte.

Der Streik in der Tischlerei des Herrn E. Heidenreich in Eschwege ist beigelegt, da der Meister persönlich zu den Verhandlungen erschienen ist und erklärt hat, sämtliche Gehältern wieder einzustellen.

Vor Zugung wird gewarnt! In dieser Mahnung, die überall die Kunde durch die Spalten der Arbeiterblätter macht, wenn irgendwo ein wirtschaftlicher Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern entbrannt ist, schreibt man uns Folgendes:

Es ist für Streikende und Ausgesperrte von allergrößtem Wert, die Hilfstuppen für die Unternehmer in Gestalt von Streikbrechern fernzuhalten, deshalb ist es auch notwendig, die Arbeiterschaft allerorts möglichst schnell vom Ausbruch eines Streiks oder sonst einer Differenz mit den Unternehmern zu verständigen, damit nicht erst auf die Ladung der Unternehmer hin von der Sochlage ununterrichtete Arbeiter unter erheblichen Kosten dem Kampflage zustromen, um dann unter ebenso erheblichen Kosten seitens der Streikenden wieder fortgeschickt zu werden, wenn sie nicht vereinigt gar die Position des Unternehmerrhythms fällen, indem sie sich durch verlockende Angebote zum Streikbruch verleiten lassen. Eine schnelle Information der Arbeiter allerorts zur rechten Zeit ist deshalb mehr wert, als alle verpöbelten langathmigen Aufrufe. Ein von vornherein richtig geleiteter Streik hat zehn Mal mehr Aussicht auf Erfolg, als ein solcher, der gleich mit Unterlassungsbegonnen wird. In dieser Unterlassungsbegonnen zählt hauptsächlich die mangelhafte Information der Arbeiterschaft über Ausbruch eines Streiks oder sonstiger Differenzen, über Veranlassung und Umfang derselben. Nicht selten befinden sich in der Arbeiterpresse unter den Inseraten Arbeitergesuche auswärtiger Unternehmer, deren Arbeiter freilich. Hätten die Streikenden die Arbeiterpresse genügend informiert, könnte so etwas nicht passieren. Man wird nun einwenden, die Arbeiterpresse könnte solche Arbeitsgesuche einfach zurückweisen und die Unternehmer an die von den Arbeitern geführten Arbeitsnachweise verweisen. Abgesehen davon, daß Arbeitsnachweise nicht für alle Branchen bestehen, wird jeder Verständige zugeben, daß damit gar nichts gebessert wird. Macht die Arbeiterpresse irgend welche Schwierigkeiten bei der Aufnahme derartiger Inserate, sei es auch nur, daß sie vorher Erklärungen einzieht, dann wandern sie in die Bourgeois-Presse und dort liest sie der arbeitssüchtige Arbeiter, der, wenn er Arbeitergesuche in der Arbeiterpresse nicht findet, nachgedrungen auf die Letztere des Arbeitsmarktes bürgerlicher Blätter angewiesen ist, da er sich in seinem erklärlichen Drang, Arbeit zu bekommen, keine Gelegenheit entgegen läßt, solche zu ermitteln. Ist der Arbeiter gewissenhaft, dann sucht er sich aus der Arbeiterpresse zu informieren, ob da oder dort, wo Arbeiter seines Berufes gesucht werden, ein Streik oder sonst eine Differenz ausgebrochen ist. Findet er eine diesbezügliche Mitteilung nicht, dann geht er getrosten Muthes hin zu dem Unternehmer, der Arbeitskräfte braucht. Der Effekt ist also der gleiche, ob die Arbeiterpresse solche Inserate zurückweist oder nicht. Die Hauptsache ist und bleibt immer eine schnelle, kurz informierende Mitteilung über jeden ausgebrochenen Streik und ähnliche Differenzen an die Arbeiterpresse. In dieser Hinsicht ist bisher bei weitem nicht das Gesehene, was geschehen muß, wenn anders eine Streikbewegung von vornherein einen günstigen Ausblick eröffnen soll.

Erfolgt eine solche rechtzeitige Mitteilung, dann können Arbeitsgesuche der von einem Streik betroffenen Unternehmer oder ihrer Hintermänner nicht nur von der Arbeiterpresse zurückgewiesen, sondern es kann auch den Bemühungen des Unternehmerrhythms, mit Hilfe der bürgerlichen Presse Streikbrecher zu gewinnen, energisch entgegen gearbeitet werden. Es genügt nicht, daß von dem Ausbruch eines Streiks dem in dem in Frage kommenden Bezirk geleiteten Arbeiterblatt, das vielleicht nur drei Mal, zwei Mal oder gar nur ein Mal wöchentlich erscheint, Mitteilung gemacht wird. Die Zeit, welche diese Mitteilung braucht, um in die übrige Arbeiterpresse überzugehen, ist viel zu lang. Ja selbst ein täglich erscheinendes Arbeiterblatt, dessen Herstellung und Vertrieb kein ganz vollkommener ist, eignet sich nicht zur schnellen Information der gesammten Arbeiterpresse. Un genügend ist es selbstverständlich auch, wenn nur dem Gewerkschaftsorgan des in Frage kommenden Berufs eine Mitteilung zugeht. In allen diesen Fällen läßt die Information der Arbeiterpresse Alles zu wünschen übrig. Erstens ist der Weg, den die Nachricht zurücklegen hat, ehe sie einigermaßen in die weitere Öffentlichkeit dringt, ein viel zu langwieriger, und dann ist die Information überhaupt lückenhaft, weil die zur Verbreitung der Nachricht benutzten Blätter nicht in allen Redaktionen von Arbeiterblättern zu finden sind und daher eine Anzahl dieser Blätter die Mitteilung gar nicht oder doch erst recht spät in einem der größeren Tagesblätter der Arbeiterpresse liest. Daraus folgt, daß zur Bekämpfung von Streiks und Ausperrungen ein Arbeiterblatt benutzt werden muß, dessen technische Herstellung die schnellste Veröffentlichung der Nachricht garantiert, und das ferner möglichst in allen Redaktionen von Arbeiterblättern zu finden ist und zur Information benutzt wird. Nur auf diese Weise wird die gesammte Arbeiterpresse schnell und ausreichend von dem Ausbruch eines wirtschaftlichen Kampfes informiert und kann dann demgemäß Stellung nehmen.

Ein Blatt, das den angeordneten Ansprüchen in jeder Weise genügt, besitzt die deutsche Arbeiterschaft in dem täglich erscheinenden Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, dem in Berlin erscheinenden „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ dürfte in allen Arbeiterzeitungs-Redaktionen des In- und Auslandes zu finden sein, sichert also in dieser Hinsicht den durch ihn veröffentlichten Nachrichten die weiteste Verbreitung. Abends bei der Redaktion eintreffende Nachrichten können schon am nächsten Morgen im Blatte stehen, wodurch auch die Schnelligkeit der Verbreitung gesichert ist. Natürlich darf die Redaktion nicht mit spaltenlangen Ergüssen überschüttet werden, wo eine kurze, gedrängte Mitteilung von einigen Zeilen vollkommen genügt. Selbstverständlich ist ferner, daß trotz alledem auch die schnellste Information der zunächst beteiligten lokalen Arbeiterpresse und der Gewerkschaftspresse eine zwingende Notwendigkeit bleibt. Je mehr in dieser Hinsicht geschieht, je besser ist es. Das wirksamste Mittel, den Streik zu machen, ist, wenn man ihm von vornherein nachdrücklich all' und jede Zuführung von Hilfskräften und Hilfsmitteln abzuschneiden sucht. Die Abperrung eines im Streik befindlichen Ortes muß mit verblassender Geschwindigkeit erfolgen, das giebt den Streikenden von vornherein bessere Chancen.

Mögen die Leiter der Gewerkschaften und die Gewerkschaftspresse dafür eintreten, daß dies in Zukunft in vollkommenerer Weise geschieht, als bisher, daß wird für die Gewerkschaftsbewegung von ganz bedeutendem Nutzen sein und mancherlei unnütze Kriegskosten ersparen.

Soziale Ueberlicht.

Uebertretungen der Sonntagsruhe durch Gastwirthe. In Leipzig sind kürzlich etwa 30 Gastwirthe deshalb zur Verantwortung gezogen worden, weil sie an Sonn- und Feiertagen mehr als zwei Zigarren einmal an einen Gast verkauft und sich so einer Uebertretung der Verordnungen, betr. die Sonntagsruhe, schuldig gemacht hatten. Die mit Strafe belegten Gastwirthe wollen gerichtliche Entscheidung herbeiführen.

Depeschen.

Stockholm, 13. Dezember. Das Kommerzkollegium hat Westpreußen für Cholerafrei vom 12. Dezember ab erklärt.

Lyon, 13. Dezember. Die Einigung zwischen den Werksführern der Webereien und den Fabrikanten hat nicht erzielt werden können. Die Weber beschloßen, die Arbeit in 4 Fabriken nach und nach einzustellen, bis die Arbeitgeber die alten Tarife wieder einführen.

Rom, 13. Dezember. Deputiertenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung verliest der Berichterstatter Cibrario unter großer Aufmerksamkeit des Hauses den Bericht der Finzen-Kommission, aus welchem sich ergibt, daß die Dokumente in sechs Faszikeln getheilt sind. Die vier ersten enthalten Abschriften von bei der Banca Romana befindlichen Schriftstücken und Briefe, welche Bernard Tanlongo vom Gefängnis aus an Giolitti, den damaligen Ministerpräsidenten, gerichtet hat, sowie Noten über die Beaufsichtigung der Banca Romana und Briefe von Nichtpolitikern. In dem ersten Faszikel befinden sich Abschriften von Schriftstücken, welche sich auf die Banca Romana beziehen und aus denen hervorgeht, daß sie von der Polizei von Rom angefertigt sind. Dem Vorschlage der Kommission, alle diese Dokumente, mit Ausnahme derjenigen, welche sich auf Senatoren oder verstorbene Politiker beziehen, zu veröffentlichen, stimmt die Kammer zu. Das fünfte Faszikel enthält Schriftstücke, welche sich auf die Verhandlungen beziehen, die ohne Wissen der Regierung im August und September 1892 zwischen der Banca Nazionale und der Banca Romana stattfanden. Bezüglich dieser Dokumente schlägt die Kommission vor, dieselben außer Betracht zu lassen. Die Kammer stimmt diesem Vorschlage zu. Das sechste Faszikel enthält einige Briefe an Crispi und dessen Gemahlin von durchaus privatem Charakter. Die Kommission beantragt einstimmig, dieselben den Beteiligten zurückzustellen, da es sich um Briefe von ausschließlich privatem Interesse handle, die nichts mit Politik zu thun haben. Der Antrag der Kommission wird von der Kammer angenommen. Die in den ersten vier Faszikeln enthaltenen Schriftstücke gelangen morgen zur Veröffentlichung.

Brüssel, 13. Dezember. Die Kammer hat heute nach zweitägigen heftigen Debatten mit 72 gegen 45 Stimmen die Höhe der jährlich einzustellenden Rekruten auf 13 300 Mann festgesetzt. Bei der Abstimmung enthielten sich 9 Abgeordnete der Stimmenabgabe. Die Effektivstärke des belgischen Heeres, dessen Reorganisation demnächst beraten werden soll, beträgt 100 000 Mann.

Madrid, 13. Dezember. Nach einer Meldung aus Kuba fanden dort zwischen Anhängern und Gegnern der Damerule blutige Zusammenstöße statt.

London, 13. Dezember. „Standard“ meldet aus Konstantinopel, daß Deutschland und Oesterreich die Beteiligungen an der Untersuchung der Vorgänge in Armenien abgelehnt hätten. Frankreich und Rußland seien dagegen geneigt, im Einvernehmen mit England zu handeln. Es ist bereits entschieden, daß sich der französische und der russische Konsul in Erzerum der Kommission anschließen werden, welche inzwischen in Erzingian eingetroffen ist. Man erwartet vorerst keine großen Erfolge und will alle Maßregeln, die etwa den Frieden gefährden könnten, nicht anwenden. Jedoch glaubt man, daß sich mit der Porte eine Verständigung darüber werde herbeiführen lassen, in Armenien durchgreifende Reformen vorzunehmen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 13. Dezember 1894, 12 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Graf v. Posadowsky, Bronart v. Schellendorff, Dollmann, v. Marshall, Nieberding, Schönstedt.
Die erste Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1895/96 wird fortgesetzt.

Abg. Bötticher (natl.) spricht von seinem Plaque aus, (wobei er der Journalistentribüne den Rücken zudreht, und ist deshalb nur schwer verständlich. Er erklärt, daß seine Freunde beim Etat stets Sparfameit walten lassen, aber sie hätten auch die Bewilligung derjenigen Ausgaben für richtig gehalten, die unbedingt nötig seien. Der Löwenanteil der Mehrausgaben fällt auf den Militäretat; es wird zu prüfen sein, ob die Ausgaben alle gerechtfertigt sind, so zum Beispiel bezüglich des kostspieligen Übungsplatzes in Württemberg. Die Budgetkommission muß ferner prüfen, ob von den stetig anwachsenden Pensionsfonds nicht Ersparnisse gemacht werden können, vielleicht durch Uebertragung auf den Reichs-Invalidentfond. So schwer die Ausgaben für die Marine auch ins Gewicht fallen, so haben wir doch die heilige Pflicht, den Deutschen im Auslande ausreichenden Schutz zu gewähren. Es wird sich fragen, auf welche Weise diese Aufgabe am zweckmäßigsten erfüllt werden kann. Der warme Ton, mit welchem der Reichskanzler die kolonialpolitisch behandelt hat, hat uns sehr erfreut. Wir sind von jeher für die Kolonialpolitik eingetreten. Trotz alles Lobes des Abg. Richter, trotz aller Argumente gegen die Kolonialpolitik bleiben wir der Ueberzeugung, daß dasjenige, was wir besitzen, in bedeutendem Maße entwicklungs-fähig ist (Zuruf links: Aktiengesellschaften!), nicht bloß für die Aktiengesellschaften, sondern auch für die deutsche Auswanderung. (Widerpruch links.) Deshalb werden wir mit Vergnügen bereit sein, die Regierungen zu unterstützen. Fürst Hohenlohe ist nicht der Mann, von dem man extravagante Ideen erwarten kann, aber er ist auch nicht der Mann der lau ablehnenden Haltung wie sein Vorgänger. (Zustimmung bei den Nationalliberalen und rechts.) Ueber die Mehrausgabe bei der Postverwaltung, welche eine Folge der Einführung der Dienstaltersstufen ist, können wir nur unsere Freude bekennen. Bezüglich der Postbauten kann ich das abschließende Urteil anderer Redner nicht billigen; Herr v. Stephan erfüllt mit seinen Postbauten geradezu eine Kulturmission. Bezüglich der einmaligen Ausgaben muß der Anleihenwirthschaft möglichst ein Ziel gesetzt werden; es wird nicht angängig sein, einmalige Ausgaben von dem ordentlichen auf den außerordentlichen Etat zu übernehmen. Wie zu helfen ist, lasse ich dahingestellt. Einmal muß der Anfang gemacht werden, sei es durch Verminderung von neuen Anleihen, oder durch Amortisation. Die Ueberweisungen an die Einzelstaaten haben sich erheblich vermindert durch den Ausfall an Zolleinnahmen infolge der Handelsverträge; die schädlichen Folgen dieses Eingriffs in die Finanzen der Einzelstaaten müssen wir zu beseitigen suchen. Nicht jeder kleine Einzelstaat ist in der glücklichen Lage, einen solchen Helfer wie Preußen an der Seite zu haben; es wäre auch nicht gut, wenn noch mehr kleinere Einzelstaaten von den größeren abhängig würden. Es muß dahin gewirkt werden, daß die finanziellen Schwankungen beseitigt werden. Man sagt, das wäre nur möglich, wenn man im Reiche einen variablen Ein-nahmefaktor hat. Dann müßte das Reich aber erst sein Steuer-system ändern. Man sagt, die direkten Steuern der Einzelstaaten treffen die Besitzenden, die indirekten des Reichs die Besitzlosen. Das ist nur insofern richtig, als die direkten Steuern allerdings die Besitzenden treffen, aber diese werden von den indirekten Steuern auch nicht verschont. Von einem Steuerfanatismus sind die Nationalliberalen nicht befreit. Die Belastungen der Einzelstaaten würden durch die Ausspannung der Einkommensteuer hauptsächlich den Mittelstand treffen, den alle Parteien schätzen wollen, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, welche in ihm das größte Hindernis ihrer Bestrebungen sehen. Wir freuen uns, aus der Rede des Reichskanzlers entnehmen zu können, daß zum Schutze des Mittelstandes noch in dieser Session Vorlagen gemacht werden bezüglich der Konsumvereine und bezüglich des unlauteren Wettbewerbs. Zum Mittelstand gehört auch namentlich der Bauernstand. Die Nothlage der Landwirtschaft wird geradezu durch diesen Etat, durch die großen Ersparnisse bei der Natural-verpflanzung bewiesen; die niedrigen Preise rühren nicht lediglich von der guten Ernte her; die Ernte war garnicht überall so sehr gut. Vor schläge sind sehr schwer zu machen; man übernimmt dadurch eine große Verantwortung. Aber es wird zu prüfen sein, ob auf dem Gebiete des Getreidehandels und der Börseorganisation nicht etwas zu erreichen ist. (Hört! hört! links.) Man wird es versuchen müssen. Jedensfalls ist die strengste Kontrolle der Vieh-einfuhr zur Abwehr der Seuchengefahr notwendig. Herr Richter meinte, daß durch die wirtschaftliche Politik des Fürsten Bismarck der Glaube an die Allmacht des Staates befestigt worden ist. Wer sich nicht selbst helfen will, dem kann schließlich der Staat auch nicht helfen; aber daß der Staat helfen kann, wird Niemand bestreiten. Würde z. B. Herr Bebel auf die Arbeiter-versicherungs-Gesetzgebung Verzicht leisten wollen? Diese Ver-sicherungsgesetze belasten unsere Industrie und erschweren ihr den Wettbewerb, deshalb ist es erstens, daß die Thronrede eine Erleichterung bezüglich der lästigen Handhabung des Invaliden-versicherungsgesetzes ankündigt. Wir haben der Sozialpolitik nicht zugestimmt, um uns die Sozialdemokratie vom Hals zu halten; wir haben sie um unseres Gewissens willen angenommen und werden uns nicht beirren lassen, auch wenn die Sozial-demokratie die Wohlthaten dieser Gesetzgebung nicht anerkennt, sondern fortwährend durch die Schürung der Unzufriedenheit die beginnende Gesundung zu stören versucht. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Hat man nicht über den Parteigenossen her-gezogen, der sich durch Arbeit und Sparsamkeit zum Spießbürger emporgearbeitet hat und zufrieden war mit seiner Lage, und seinen Genossen den Rath gab, es ebenso zu machen! (Lachen bei den Sozialdemokraten, Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Durch Ausnahme Gesetze kann die Sozial-demokratie nicht überwunden werden. Wenn sie überhaupt überwunden werden kann ohne die blutigen Katastrophen, welche sie (die Sozialdemokraten) heraufbeschwören (Widerpruch bei den Sozialdemokraten), so kann dies nur geschehen durch eine Gesundung von innen heraus. Frei-lich ist diese Gesundung von innen heraus nicht immer zu erreichen, ohne daß man von außen etwas hart eingreift. Herr Richter verlangt eine vollständige Politik. Es kommt nur darauf an, was man unter vollständig versteht. Die Freihandelspolitik oder die weitere Entwicklung der politischen Freiheitsrechte? Dabei dürfte die Sozialdemokratie sich lustig weiter entwickeln. Von anderer Seite sagt man, eine Gesundung ist nur möglich durch eine vollständige Erneuerung des nationalen Lebens in sittlicher und religiöser Beziehung. Daran wollen wir mit arbeiten, so weit es möglich ist, wenn wir uns auch natürlich niemals auf den Standpunkt des Zentrums dabei stellen können. Die religiöse Erziehung der Jugend wünschen auch wir, nur bedauere ich, daß Herr

von Manteuffel das Schulgesetz, welches so heftige Kämpfe erzeugt hat, wieder einmal verlangt. Einer Bewegung, welche den jetzigen Zuständen den Untergang wünscht, können wir nicht alle politischen Freiheiten gewähren; das ver-bietet die Selbsterhaltung des Staates. (Zuruf: Das ist nationalliberal!) Das ist nicht nationalliberal, sondern gerecht und vernünftig. Es handelt sich nicht bloß um die republikanischen Ideen bei den Sozialdemokraten, sondern um die voll-ständige Negation der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Herr Bebel hat allerdings den Anarchismus weit von sich ge-wiesen. Aber daß der Anarchismus die Revolution sticht, das soll mir keiner einreden. Die Absicht, vielleicht die thörichte Absicht des Anarchismus ist doch, diese gegenwärtige Gesellschaftsordnung zu zerstören, damit der Sozialismus Platz findet. Also lassen Sie uns mit diesem Unter-schied von Sozialismus und Anarchismus zu-frieden. Sie (die Sozialdemokraten) unterscheiden sich gar nicht von ihm oder höchstens dadurch, daß Sie warten wollen, bis Sie das im Großen machen können, was der Anarchismus im Kleinen vornimmt. Es ist nicht gleichgültig, ob im Volk der Zweifel aufkommt, ob der Staat dieser negativen Bewegung gegenüber noch Macht besitzt. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Sozialdemokratie im Begriff wäre zu zerfallen, habe ich niemals an-genommen. Ich bin der Meinung, daß die revolutionäre Gefährlichkeit der Partei durch den fränkischen Parteitag ge-wachsen ist, weil Herr Bebel mit seinem ehrlichen Doktrinaris-mus unterlag dem praktischen Revolutionär Vollmar (Zu-stimmung bei den Nationalliberalen), der die Bedeutung des Bauernstandes erkannt hat. Dem Bauern will man vorreden, daß sein Eigentum nicht angetastet werden solle, und diese Leute reden von der Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft. (Zu-stimmung rechts; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir können daher nicht verzichten auf verschärfte Abwehrmaßregeln gegenüber dem Umsturz. Herr Richter spricht von Umsturz von oben. Es ist bedauerlich, daß man so leicht hin und mit Gelassenheit über einen Staats-streich spricht. Daran trägt der Reichstag einen Theil der Schuld. Die Zerissenheit der Parteien hat eine Gleichgültigkeit, ja eine Abneigung gegen den Reichstag hervorgerufen, welche die Grund-lage von allerlei mehr oder weniger gefährlichen Vorschlägen bildet. Es ist unsere Pflicht, dahin zu streben, daß es nach dieser Rich-tung hin unter allen Umständen besser werde. Aber auch die Verwirrung der offiziellen Presse ist schuld an den Missethänden; diese Verwirrung war eine Folge der Trennung des Minister-präsidenten vom Reichskanzleramt. Deshalb ist die Aenderung auf diesem Gebiete mit Freuden zu begrüßen. Die Regierung muß die Führung in ihre feste Hand nehmen. Die Er-läuterung des Reichskanzlers hat uns das Vertrauen gegeben, daß irgendwo extreme Bestrebungen von seiten der Regierung nicht unterstützt werden. Jeder, der es ernst meint mit dem Wohle des Vaterlandes, wird die Regierung bei dem Verzuge, den sie jetzt unternimmt, unterstützen müssen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bayer (Südd. Sp.) wendet der Journalistentribüne noch mehr den Rücken zu als der Vorredner und ist daher noch viel schwerer verständlich; er führt aus, daß die Finanzreform im Reichstage sehr wenig Anklang zu finden scheint, denn die Mehrheit des Hauses ist froh, wenn sie ohne neue Steuern aus-kommen kann. Den Verdacht, daß der Etat auf neue Steuern zugeschnitten sei, hat der Schatzsekretär zurückgewiesen. Er hat nur die vorsichtige Veranschlagung hervorgehoben. Der weitere Schritt und zwar der wichtigere wäre der, daß von seiten des Reichshauptamtes die größte Sparfameit gelbt würde. Besonders verwerflich sei die Tabaksteuer. Man wolle die Land-wirtschaft schützen, da müsse man der Tabakindustrie wenigstens den Schutz gewähren, daß man sie endlich einmal in Ruhe läßt. Sparfameit beweist die Forderung von 9 Millionen für den Übungsplatz auf der rauhen Alb nicht. Sehr bequem für das Militär mag ja ein solcher Schießplatz sein, aber eine Ver-schwendung ist es doch, mehrere solche große Schießplätze ein-zurichten. Auch bei der Marine könnte gespart werden, namentlich, wenn man sich hütet, die Kolonialpolitik aus-zubehnen; der Reichskanzler könnte für seine Thätigkeit in Deutschland bessere Objekte finden. (Zustimmung links.) Eine Regierung, die mit so geringem Vertrauen aufgenommen wird, wie die gegenwärtige, sollte bedenken, daß nicht bloß das Ver-trauen des Herrschers notwendig ist für sie, sondern auch das Vertrauen der großen Mehrheit der Bevölkerung. (Sehr richtig! links.) Die guten Absichten der Regierung wird niemand be-streiten, aber Vertrauen kann man erst gewinnen aus den Thaten der Regierung, wenn wir Klarheit über ihre Ziele haben. Durch die Art, wie der Personenwechsel sich vollzogen hat, hat weder die Eintracht der Bevölkerung, noch die Eintracht der Einzelregierungen gefördert werden können. (Zustimmung links.) Was in den letzten Tagen geschehen ist, kann die Eintracht auch nicht fördern. Warum fehlt die Inschrift an dem Reichstags-Gebäude: „Dem deutschen Volke“? Wollte man etwa verhindern, daß dadurch der Bundesrath sich hätte zurücksetzen können? Dann hätte man ja schreiben können: „Dem deutschen Volke und seinem lieben Bundesrath.“ (Heiterkeit.) Der Einweihungsfeier des neuen Reichstags-Gebäudes konnten ja die Abgeordneten bis zu einer gewissen Grenze beiwohnen, aber im übrigen war das höfliche Jeremiad derart, daß es bei der Einweihung eines Schlosses, einer Kirche oder eines Offizierskasinos ebenso hätte verwendet werden können. (Zustimmung links.) Der Ein-griff in die Vorrechte des Reichstages, welchen man beabsichtigt, ist auch nicht Vertrauen er-weckend. Der Reichstag hat ohnehin nur wenig Rechte, so daß er dieselben eifersüchtig be-wahren muß. Nicht bloß aus Worten und Thaten eines Abgeordneten will man ein Ver-brechen konstruieren, sondern sogar aus seinen Mienen und aus einer Unterlassung. Das geht zu weit. Der Antrag wird abgelehnt werden, und hoffentlich in einer Form, welche zeigt, daß wir unsere Vorrechte fest-halten wollen. Der Krone soll nicht das Recht bestritten werden, ihre Rathgeber zu wechseln, aber wir haben das Recht zu verlangen, daß bei diesem Wechsel ein gewisses Maß beachtet wird, weil sonst eine politische Unsicherheit Platzgreifen muß. Graf Caprivi hat zugesagt, daß die schwachen Schultern nicht belastet werden sollen; jetzt ist er weg. (Heiterkeit.) Ich halte es nicht für möglich, daß man ein von maßgebender Stelle gegebenes Wort einfach missachten wird aus rein formalistischen Gründen. Aber die Beunruhigung ist vorhanden. Man hat Herrn Richter vorgeworfen, daß er auf die Artikel der „Kölnischen Zeitung“ hingewiesen hat; man hätte ihm danken sollen, daß er Gelegenheit gegeben hat zu einer Erklärung, daß keine Staatsirridungen vorhanden wären. Es ist bezeichnend, daß man solche Informationen erst aus der „Kölnischen Zeitung“ nehmen mußte, daß man keine Infor-mationen gegeben hat. Was sollen die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen zu diesen Dingen sagen! Der Reichskanzler Graf Caprivi hat sie nach Berlin berufen und als sie wieder in ihre Heimath zurückzogen, wurde ihnen, ehe sie in

der Heimath ankamen, das Extrablatt ins Koupee geworfen, daß Caprivi nicht mehr Reichskanzler sei. An seine Stelle ist ein Mann getreten, der selbst gesagt hat, daß er nicht die Wege seines Vorgängers wandeln werde, und dem man die Selbständigkeit seines Vorgängers nicht zu-trauen kann. (Sehr richtig! links.) Die Konser-vativen sind zufrieden; man hört nichts mehr davon, daß sie unter die Sozialdemokraten gehen wollen (Heiterkeit), sie haben sich ehrfurchtsvoll dem Reichs-kanzler zu Füßen gelegt; sie wollen aber auch erst wissen, wie die Zukunft sein wird. Ueber die Umsturzvorlage steht wohl jetzt schon die Meinung fest, daß die Mehrheit des Reichstages davon nichts wissen will. Mit dieser Vorlagewürde man den Sozial-demokraten nur Wasser auf ihre Mühle führen, und den Parteien, welche die Sozialdemokratie bekämpfen, würde man die Waffen stumpf machen. Daß der Landwirtschaft geholfen werde, dagegen haben wir nichts, aber man hätte auch die Wege dazu weisen sollen, sonst werden Hoffnungen erweckt, die nachher nicht erfüllt werden können und dadurch wird die Unzufriedenheit befördert und nicht vermindert. Der Reichskanzler würde sich eine gute Position schaffen, wenn er sich die Mühe nehmen würde, sein Programm aufzustellen, und wenn er mit dem Muth der Kaltblütigkeit die Umsturzvorlage zurückziehen würde, bis sie so gestaltet ist, daß sie Aussicht auf Annahme hat, wenn er ferner durch Spar-samkeit den Etat so gestaltete, daß keine neuen Steuervorlagen notwendig sind. Billiger und rascher könnte der Reichskanzler zu einigem Vertrauen beim deutschen Volke nicht kommen. (Zu-stimmung links.)

Abg. Zimmermann (Antif.): Als Fürst Bismarck von seiner Stellung scheid, hielt die politische Welt den Athem an; damals fragten die Freisinnigen nicht nach der Gegenzeichnung. Als Graf Caprivi abging, athmete die nationale Welt auf. Wozu also der Lärm von der linken Seite. Wir freuen uns über den selbstbewußten nationalen Ton in der Rede des Reichskanzlers, den wir in der letzten Zeit so oft haben ver-missen müssen. Die Kolonialpolitik ist ein Ausfluß der nationalen Idee. Das Band der Einigkeit liegt allerdings in uns selbst, nicht in den Kolonien, aber schlimm würde es um Deutsch-land bestellt sein, wenn wir die Kolonien aufgeben wollten. Deutschland muß stark genug sein, die Rechte der deutschen Völker in fremden Landen zu wahren. (Zustimmung rechts.) Die Mehrausgaben werden wir gern prüfen; aber wir sind nicht von großer Bewilligungsfreudigkeit durchdrungen. Die Land-wirtschaft muß besonders geschützt werden; wir dürfen aber nicht vergessen, daß in der Regierung dieselben Männer sitzen, welche die Landwirtschaft durch die Handelsverträge geschädigt haben. Wenn die Nationalliberalen jetzt den Häubebau schützen wollen, so schützen sie damit das eine Prozent des Bodens, welches für den Häubebau verwendet wird; die Handelsverträge schädigen aber die ganze Landwirtschaft. Alle vorgeschlagenen Mittel genügen noch nicht zur Hebung des Mittelstandes; besonders be-dauerlich ist, daß bis zur Stunde man sich noch nicht zur Her-stellung einer Organisation des Handwerks hat entschließen können. Dringend nötig ist auch eine Reform des Börsenwesens. Man hat ja erst jetzt wieder erlebt, wenn es sich um Maß-regeln gegen die Börse handelt, die realen und die unrealen Börsenleute gemeinschaftliche Sache machen. Man hat bei der Wahl zum Ältesten-Kollegium in Berlin den Herrn Frenkel, welcher in der Börsenquetsch-Kommission weiter gegangen war, als es den Börsenbesuchern gefiel, aus Rache einfach beseitigt. Auf die zweifelhaften Postbauten verzichten wir sehr gern, wenn nur die Gehälter der Beamten besser würden. Redner wendet sich dann der Umsturzvorlage zu, welche die Religion und die Einrichtung der heutigen Gesellschafts-ordnung schützen soll. Die Sozialdemokraten greifen nur das Christenthum, niemals das Judenthum an; der christliche Charakter des Deutschen Reiches muß gewahrt werden. Mit der Sozialreform ist es aber laum vereinbar, daß man die Tabak-industrie und ihre besonders schutzbedürftigen Arbeiter durch die Tabaksteuer benachtheiligt will. Wenn auch die Vorlage noch nicht vorliegt, so kennen wir den Inhalt der früheren Vorlagen doch hinreichend, um gleich von vornherein zu sagen, daß wir dafür nicht zu haben sind. Oder will die Regierung für die brotlos gewordenen Tabak-arbeiter eine Versicherung gegen Arbeits-lostigkeit schaffen? Zur Deckung der Kosten einer solchen Versicherung würde man die Mittel aus einer progressiven Reichs-Einkommensteuer nehmen müssen, denn der Mittelstand ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen. Die Unzufriedenheit wird besonders hervorgerufen dadurch, daß auf dem Gebiet der Reichspflege manche Uebelstände vorhanden sind. Außer der Entschädi-gung unschuldig Verurtheilter wird eine Ver-billigung der Gerichts- und Verwaltungskosten herbeigeführt sein, und es wird dahin gewirkt werden müssen, daß die kleinen Leute wieder ohne Anwälte vor Gericht plädieren können oder daß christliche Mitbürger zur Vertretung bedrängter Leute zugelassen werden. Auch auf dem Gebiet der Presse weiß man nicht mehr recht, wo man zuständig ist. Eine in Dresden erscheinende Zeitung wird in Magdeburg an-gelagt, wo vielleicht ein Abonnent vorhanden ist. Dadurch werden die Angeklagten nicht nur ihrem ordentlichen Richter, sondern vielfach auch der Gnade ihres Landesherren entzogen. Bedenklich sei auch der Prozeß in Hannover, wo man den Talmud als zur jüdischen Religion gehörig betrachtet hat, während die Juden immer alle Verantwortlichkeit für den Talmud ablehnen. Die Antisemiten sind nicht die Vorfrucht der Sozialdemokratie, denn ein jüdischer Rabbiner in Magdeburg hat festgestellt, daß namentlich in den gebildeten deutschen Kreisen, mit Ausnahme der Sozial-demokratie, der Gefühlsantisemitismus vorhanden sei. Herr Lieb-necht hat erzählt, daß Fürst Bismarck ihn in die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ habe bringen wollen. Dahin hätte Herr Liebnecht vielleicht gepostet; denn kein anderes Blatt hat so viel Schwankungen und Wandlungen durchgemacht, wie die Norddeutsche. Aber Herr Liebnecht hat wenig Gegen-liebe bewiesen, wenn er den Fürsten Bismarck als einen abge-thanenen Mann bezeichnete. Denn ohne seine Thätigkeit lägen wir vielleicht nicht im Reichstag, weil derselbe ohne ihn nicht zu stande gekommen wäre. Dem Baumeister des Deutschen Reiches müssen wir daher gehörigen Dank abstaten. (Zu-stimmung rechts.) Mit Unrecht hat man den Fürsten Bismarck für die Juden in Anspruch genommen. Wir sind der Meinung, daß nur durch energische antisemitische Maß-regeln der Umsturz bekämpft werden kann. Wir wollen die Thaten der Regierung abwarten. Wenn das Bonkottwesen, die Konsumvereine u. s. w. bekämpft werden, dann wollen wir der Re-gierung gerne folgen. Wir erwarten, daß wieder nach außen hin das deutsche Selbstbewußtsein zum Ausdruck kommt, daß ferner die Regierung sich nicht fürchtet vor der goldenen Internationale, sondern eintritt für die Interessen des arbeitenden Mittelstandes zum Heile des Vaterlandes. (Zu-stimmung rechts.)

Inzwischen ist ein von allen Parteien unterstützter Antrag eingegangen, gewisse Theile des Etats an die Budgetkommission zu verweisen.

Ein Schlusstrang wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Abg. Bebel stellt fest, daß die Debatte geschlossen wurde, nachdem der Abg. Böttcher die Sozialdemokraten heftig angegriffen habe.

Der Antrag wegen Ueberweisung gewisser Theile des Etats an die Budgetkommission wird angenommen.

Damit ist die erste Beratung des Etats beendet. Die noch auf der Tagesordnung stehende Interpellation wegen der Zuckersteuer wird im Einverständnis mit den Interpellanten zurückgestellt.

Für Freitag schlägt der Präsident die erste Beratung der Amtsurz vorlage vor.

Abg. Graf Dompf (3.) widerspricht diesem Vorschlage, weil die Parteien darauf rechnen, daß die Vorlage erst in der nächsten Woche zur Verhandlung kommen solle.

Abg. v. Stumm unterstützt den Vorschlag des Präsidenten, der letztere schlägt aber als anderweitige Tagesordnung vor, Beratung des freisinnigen Antrages zur Geschäftsordnung wegen der Reihenfolge der Initiativanträge, Interpellation wegen der Zuckersteuer und Interpellation v. Deyl wegen der Handwerkerkammern.

Gegen die Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und der Mehrheit der Nationalliberalen wird die vom Präsidenten zuerst vorgeschlagene Tagesordnung abgelehnt und die zweite Tagesordnung angenommen.

Schluß gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Antrag wegen der Reihenfolge der Initiativanträge und Interpellationen.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung

Donnerstag, den 18. Dezember, Nachm. 5 Uhr.

In die Grundeigentums-Deputation wird Stadtv. Brack mit 58 Stimmen gewählt. Stadtv. Singer erhält 13 Stimmen.

Die Beratung der Ausschussvorschläge zur Kommunalsteuer-Reform wird fortgesetzt.

Ohne Debatte wird beschlossen, die Betriebssteuer für das Schanzengebiet in Höhe von 100 pCt. der staatlichen Veranlagung zu erheben.

Bezüglich der Gewerbesteuer hatte der Magistrat die Heranziehung nur zum Satz von 100 pCt., d. h. in der bisher vom Staate veranlagten Höhe vorgeschlagen; der Ausschuss ist weiter gegangen und hat die Heranziehung zu demselben Satze empfohlen, mit dem die Gemeinde-Grundsteuer zur Hebung gelangt.

Stadtv. Heilmann befürwortet die Annahme des Magistratsvorschlages, da das Gewerbe ohnehin schwer belastet sei und auch durch die Befreiung der Mietsteuer keine äquivalente Entlastung erfahre.

Stadtv. Sachs II bedauert, daß der Magistrat nicht Veranlassung genommen habe, eine besondere kommunale Gewerbesteuer vorzuschlagen, die die Steuerpflichtigen der ersten und zweiten Steuerklasse stärker als bisher herangezogen hätte. Das Kommunal-Abgabengesetz hätte dem nicht entgegen gestanden, und die Jenseiten der beiden unteren Klassen wären von dem erhöhten Zuschlag frei gelassen worden. Wenn man die Nothlage der Grundbesitzer gelten lasse, um die Erhöhung der Kanalisationsabgabe abzuwehren, könne man sie doch nicht bei dem kleinen und kleinsten Gewerbebestand in Abrede stellen. In der Frage der 2/4 Millionen Kanalisationsgebühren, die die Mehrheit den Hausbesitzern erlassen wollte, sei hoffentlich noch nicht das letzte Wort gesprochen; die öffentliche Meinung habe gegen diesen Beschluß bereits unzweideutige Stellung genommen.

Stadtv. Romm sen tritt für die Ausschussvorschläge ein. Den Gewerbetreibenden werde durch den Erlass der Mietsteuer für Wohnungs- und gewerbliche Räume eine besondere Bevorzugung zu Theil, und da rechtfertige sich als Ausgleich die Erhöhung der Gewerbesteuer, da die Gewerbetreibenden ein Geschenk nicht zu verlangen hätten. Gegen die einseitige Heranziehung der ersten und zweiten Klasse macht der Redner Front; er hält dieses Verfahren für gesetzlich kaum zulässig und taktisch nicht rathsam, da jede Abweichung der ministeriellen Genehmigung bedürfe. Der Vorschlag des Magistrats aber siehe direkt im Widerspruch mit dem Gesetz und könne somit gar nicht akzeptiert werden.

Stadtv. Jacobi: Nur „in der Regel“ soll die Gleichstellung des Projektirers der Grund- und der Gewerbesteuer eintreten, sagt das Gesetz. Vor dem Minister brauchen wir uns also bei der event. Annahme des Antrages des Magistrats nicht zu fürchten. Mit der Erhöhung der Gewerbesteuer treffen Sie die Gewerbe- und Handeltreibenden, während der reiche Rentier einfach die große Mietsteuer geschenkt bekommt. Wir werden ja schließlich und wohl auf 1/2 pCt. Kanalisationsabgabe einigen, und dann brauchen wir überhaupt den Zuschlag von 50 pCt. Gewerbesteuer nicht mehr.

Stadtv. Singer: Durch die Beschlüsse vom vorigen Donnerstag ist die Situation total verschoben worden. Es hieß die Ungerechtigkeit verdoppeln, wenn die Versammlung, nachdem sie die Interessen des Grundbesitzers in einer Weise wahrgenommen hat, die ich nicht für möglich gehalten hätte — ich muß diesen Irrthum eingestehen, ich hatte die Versammlung höher eingeschätzt (Unruhe) —, jetzt das, was sie den Hausbesitzern erspart, den Gewerbetreibenden aufhalten würde. Ist eine Klage über wirtschaftliche Depression überhaupt berechtigt, dann haben die Gewerbetreibenden in größerem Grade dazu als die Grundbesitzer. Der Beschluß bezüglich der Kanalisationsabgabe wird die Versammlung vor eine sehr folgenschwere Alternative stellen; er wird uns zu indirekten Steuern führen und er wird unserer gerühmten Selbstverwaltung ein Ende machen, indem er uns mit unserem Etat in die Hände der Regierung bringt. (Sehr richtig.) Nachdem die Hausbesitzer dergestalt geradezu entlastet sind, können wir den Gewerbetreibenden doch nicht 50 pCt. Mehrbelastung zumuthen, müssen vielmehr zur Verminderung dieser zweiten Ungerechtigkeit auf die Magistratsvorlage zurückgehen. Eine Reform der städtischen Gewerbesteuer ist ja unerlässlich. Das Staats-Gewerbesteuer-Gesetz ist ja noch lange nicht das schlechteste, da es die Kleinen schont und die Großen heranzieht; aber umso weniger Anlaß haben wir, den Kleinen jetzt wieder 50 pCt. mehr abzunehmen. Die neue Gewerbesteuer-Ordnung wird doch so einzurichten sein, daß auch Juristen, Künstler u. dgl. Gewerbesteuer zahlen. Inzwischen aber haben wir es beim Normalsteuersatz zu belassen. Unmöglich sei eine Klasse von Mitbürgern im Grunde, so viel Skandal in der Öffentlichkeit zu machen, wie die Hausbesitzer-Vereine in ihrem verächtlichen materiellen Egoismus gegen die Erhöhung der Kanalisationsabgabe fertig bekamen; aber sehr wohl könnten die Gewerbetreibenden dazu kommen, sich ebenfalls aufzukümmern, wenn sie sehen, wie ihnen dieselbe Hand dieselben Millionen auferlegt, die so liebevoll die Interessen der Hausbesitzer schirmt und schützt. Die Frage wird ja wohl mit diesen Beschlüssen nicht abgethan sein, aber jedenfalls muß schon in dieser zweiten Beratung der Magistratsantrag zur Annahme gelangen.

Stadtv. Sachs II befragt, von der ersten und zweiten Klasse der Gewerbesteuer-Pflichtigen die doppelte Steuer als besondere städtische Benachtheiligung zu erheben.

Stadtv. Gerschner befragt, daß das Gesetz eine verschiedene Bemessung des Satzes der Grund- und der Gewerbesteuer uneingeschränkt zuläßt, und hält den Erlass der Mietsteuer für so bedeutend, daß die Gewerbetreibenden die Belastung mit den 50 pCt. ohne Mühe auf sich nehmen können.

Stadtv. Döntig steht auf demselben Standpunkt; der Erlass der Mietsteuer betrage 3 bis 4 Mal soviel, als der Zuschlag zur Gewerbesteuer. Der Antrag Sachs II werde nur dazu

führen, zahlreiche der steuerkräftigen Bürger aus Berlin zu vertreiben.

Stadtv. Talle: Man möge doch durch die Einkommensteuer, die einzig gerechte Steuer, ausbringen, was fehlen wird, wenn der Zuschlag von 50 pCt. nicht erhoben wird, und den Magistratsantrag annehmen.

Stadtv. Cassel hebt zwar auch die Beschlüsse vom vorigen Donnerstag als beklagenswerth an, läßt sich aber dadurch nicht abhalten, für 130 pCt. Gewerbesteuer zu stimmen. Der Antrag Sachs II sei gesetzlich unzulässig.

Stadtv. Sachs II sucht diese Behauptung im Einzelnen unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Gesetzes zu bestritten. Der Antrag Sachs II wird gegen wenige Stimmen, der Antrag Heilmann (100 pCt.) mit 74 gegen 36 Stimmen abgelehnt, der Ausschussantrag angenommen.

Die Einführung einer Umsatzsteuer von 1/2 pCt. vom Werthe der verkauften Grundstücke, die vom Ausschuss nur mit 8 gegen 7 Stimmen durchgegangen war, wird ohne Debatte genehmigt, desgleichen das dazu gehörige Regulativ, ebenso das Regulativ für die Hundesteuer.

Die Bauplatzsteuer, die der Magistrat mit 1/2 pCt. von dem durch die Festsetzung von Verkaufslinien entstandenen Mehrwerth der Bauplätze neu vorgeschlagen hat, ist vom Ausschuss verdoppelt und in dieser Fassung mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen worden.

Stadtv. Romm sen tritt, wie schon in erster Lesung, dieser Steuerreform wegen ihrer irrationalen Beschaffenheit nochmals entgegen. Sämmtliche Vororte hätten die Bauplatz-Steuer abgelehnt und die Realsteuer vorgezogen. Die Kommune werde der Bauplatz-Steuer nicht froh werden, denn man könne doch bei der Veranlagung nicht Werthe zu Grunde legen, die die Bauplätze vor 5, 10 oder 15 Jahren gehabt haben.

Stadtv. Dr. Ruge tritt diesen Ausführungen bei; er befürwortet, eventuell nur 1/2 pCt. zu bewilligen.

Kämmerer Mack: Die Steuer ist allerdings ein Sprung ins Dunkle; wir müssen die Steuer aber nehmen, ignoriren können wir sie nicht.

Stadtv. Singer: Es läßt sich doch nur das eine im Augenblick sagen, daß wir nicht wissen, wieviel die Steuer einbringen wird. Ertragreich werden kann sie sehr wohl, denn jeder weiß, wie das Kartoffelland im Preise steigt, wenn Verkaufslinien daraus Bauhand gemacht haben. Besteuert werden soll ja diejenige Auswucherung, die darin besteht, daß die Terrains Jahrzehnte lang unbebaut liegen gelassen werden, um dann verkauft zu werden und ihren Bestehern Millionen einzubringen. Wie Millionenbauern in Schöneberg, haben wir auch Millionenbürger in Berlin, die ihren Kartoffelland ihre hundert Millionen verkaufen. In der ganzen Steuerreform ist mir diese Bauplatz-Steuer das sympathischste, und es wird sich nur fragen, ob sie nicht sehr bald sich als viel zu niedrig herausstellt. Die formellen Bedenken sprechen uns nicht. Die Wertherhöhung durch die städtischen Anlagen wird so enorm sein, daß 1 pCt. des Mehrwerths schon sehr bescheiden ist.

Die Bauplatz-Steuer wird mit 1 pCt. des Mehrwerths mit großer Mehrheit angenommen, desgl. das dazu gehörige Regulativ.

Vom Ausschuss ist vorgeschlagen, die zweite Stufe der Gemeinde-Einkommensteuer (680—900 M.) künftig nicht außer Hebung zu setzen.

Stadtv. Schulz II: Wir haben s. Z. die Anhebung der zweiten Stufe begrüßt, weil ein Einkommen von 600 bis 900 M. eigentlich gar kein steuerfähiges Einkommen ist, der Staat es beklaglich auch nicht heranzieht. — Der Grundsatz des Ausschusses trifft hier nicht zu. Als man den Hausbesitzern die 2/4 Millionen erlies, hat man den Gesichtspunkt nicht hervorgehoben, daß diejenigen, die mithalten, zurückgesetzt werden, wenn sie nicht mithalten.

Stadtv. Cassel: So haben wir auch nicht zu der Sache gestanden. Die erlassene Mietsteuer beträgt auch bei diesen Mitbürgern so viel, daß gar kein Grund vorliegt, auch noch die Einkommensteuer zu erlassen. Die Betroffenen würden dann das Wahlrecht haben, ohne für die Kommune überhaupt irgend etwas zu leisten.

Der Ausschussvorschlag wird angenommen, ebenso ohne Debatte das Regulativ zur Einkommensteuer.

Zur Beratung gelangt nunmehr der Antrag Döntig auf Einführung einer Biersteuer für auswärtiges Bier.

Der Referent bemerkt, daß der Ausschuss sich gegen indirekte Steuern ausgesprochen hat.

Stadtv. Döntig weist darauf hin, daß die städtischen Behörden schon mehrfach im Prinzip über eine Biersteuer einig gewesen seien. Wie war der Gedanke meines Antrags praktischer, als in der Zeit des Bierboikotts (Gelächter bei den Sozialdemokraten). Es ist nur Viehhaberer, aber nicht Liberalismus, das auswärtige Bier frei zu lassen, während das städtische belastet ist. Mindestens vertreiben die auswärtigen Brauereien 1 1/2 Millionen Hektoliter in Berlin, von denen also bei 0,65 M. pro Hektoliter mindestens 1 Million zu gewinnen sein würde.

Der Antrag Döntig wird gegen 2 Stimmen abgelehnt. Von den Stadtv. Kreitzing und Singer wird beauftragt, eine dritte Lesung vorzunehmen.

Stadtv. Spinola spricht sich dagegen aus; man möge die Beschlüsse des Magistrats abwarten.

Stadtv. Kreitzing empfiehlt den Antrag, der namentlich deswegen auch nöthig sei, weil man den Ausfall aus der lex Quene nicht in Rechnung gestellt habe, ebenso wie die drei Millionen für die Königstraße und den Schloßplatz im nächsten Etat zur Verrechnung gelangen müßten. Nach dem Verhältnis von 8:2 komme man mindestens auf 165 pCt. Grundsteuer nach den bisherigen Beschlüssen.

Stadtv. Singer will die dritte Beratung, um die ganze Steuerfrage nochmals generell zu erörtern. Einige wollen vielleicht die dritte Lesung nicht, weil sie eine Aenderung der Beschlüsse nicht annehmen und sich erst vom Magistrat zu einer neuen Beratung zwingen lassen wollen. Besser und würdiger sei doch, das nicht erst abzuwarten, sondern sofort das relative Beste zu schaffen; die Versammlung sei doch der primäre Ausdruck des Willens der Bürgerchaft. Es wäre ein schlechter Abschluß der Beratung, wenn man die dritte Beratung fallen ließe.

Stadtv. Sachs II ist aus praktischen Gründen gegen die dritte Lesung. Es handle sich hier nur um die Feststellung von Grundfakten, und in dieser Beziehung sei einseitigen das Nöthige geschehen. Jetzt habe der Magistrat das Wort.

Stadtv. Horwig erklärt sich für die dritte Beratung, die Stadtv. Scheidung und Cassel dagegen.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Kreitzing-Singer mit 71 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen wird noch zur Beratung der Inkommunalisierungs-Vorschläge des Magistrats gesritten. In der Hauptsache soll die Ringbahn die Grenze für die Einverleibung bilden.

Zahlreiche Änderungsanträge gehen hierzu auf dem Bureau ein.

Stadtv. Singer vertritt bei der Vorlage jede Begründung, warum der Magistrat gerade diese und keine andere Grenzen vorschlägt. Geradezu unsäglich sei das Vorhaben, von den umliegenden Gemeinden zum Theil nur die steuerfähigen Befandtheile einverleiben zu wollen. Alles und jedes statistische Material fehle den „Vorklären des Magistrats“, bevor diese vollständig vorliegen, solle die Versammlung in die Beratung überhaupt nicht eintreten.

Stadtv. Spinola will wenigstens einen Lageplan vom Magistrat haben und bis dahin die Beratung aussetzen, dann aber die Sache einem Ausschuss überweisen.

Stadtv. Döntig verlangt die Klärung der Angelegenheit

in möglichster Öffentlichkeit, thumlichst durch eine gemischte Deputation.

Stadtv. Giese spricht sich für die Vorschläge des Stadtv. Spinola aus.

Stadtv. Döntig sagt: Die Pläne hätten Sie schon erhalten, wenn ihre Herstellung sich nicht verzögert hätte. Die sonstigen statistischen Aufstellungen lassen sich mit absoluter Bestimmtheit überhaupt nicht liefern, sie sind immer schon in dem Augenblicke wieder falsch, wenn sie fertig gestellt sind.

Stadtv. Singer: Ein großer Theil des von mir verlangten Materials liegt ja in den Aktenbüchern des Magistrats, warum soll es denn so schwer sein, dies zu vervielfältigen und uns zugänglich zu machen? Der Ausschuss muß schon vor seiner Beratung im Besitze des Materials sein. Ich würde es unschwer schon in 8 Tagen beschaffen können.

Stadtv. Jacobi: Selten ist eine Vorlage dürftiger begründet worden als diese; wir thun wirklich am besten, die Singer'schen Anträge anzunehmen.

Die Anträge Singer werden mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 9 Uhr.

Lokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr Abends abgehalten.

Die Liste der boikottfreien Gastwirthe und Restaurateure wird der am Sonnabend erscheinenden Nummer des „Vorwärts“ wieder beigelegt werden. Veränderungen in der Liste müssen von den hierzu beauftragten Kontrolluren bis spätestens Freitag Vormittag 10 Uhr in der Druckerei von Max Bading, Beuthstraße 2, Hof 3 Treppen, abgeliefert werden.

Fauler Zauber. Der Bierboikott besteht nur noch formell, so lautet die neueste Kundgebung des offiziellen Bieringlichen Pressbüreaus, welches damit vermeint, das Ende des Boikotts proklamirt zu haben. Und worauf stützt sich diese sonderbare Ansicht? Einmal auf den Umstand, daß die 88 von dem Brauer-Ring Gedächtnis bereits in Arbeit stehen sollen, und zweitens darauf, daß der Ring durch ein Taschenpieler-Stückchen die streitige Frage des Arbeitsnachweises gelöst zu haben behauptet, indem er „in aller Stille“ mit seinen artigen Kindern, dem Verein Berliner Brauergesellen und anderen Gesinnungsgenossen, einen Arbeitsnachweis vereinbart hat, für den auch bereits die hohe obrigkeitliche Genehmigung eingetroffen sein soll. Es ist wirklich eine starke Zumuthung, die da dem Publikum gestellt wird, auf diesen faulen Zauber hineinzufallen.

Denn heute weiß doch bereits jedes Kind, daß der Arbeitsnachweis als eine interne Gewerkschaftsangelegenheit betrachtet wird, die auf den Weiterbestand des Bierboikotts ohne Einfluß ist. Ob nun „in aller Stille“ die zum Verein der Brauereien Berlins und der Umgebend gehörigen Brauereibesitzer und Direktoren sich mit einem Theile der in Brauereien beschäftigten Arbeiter über einen Arbeitsnachweis geeinigt haben oder nicht, auf den Bestand des Bierboikotts ist dies ohne jeden Einfluß. Woran die Friedensverhandlungen scheiterten, war einzig und allein die dauernde Aussperrung der Dreimdbdreißig. Ob diese Arbeit gesunden haben oder nicht, ist für die Boikottfrage, wie wir erst kürzlich dargelegt haben, ebenfalls vollständig nebensächlich. Wenn daher der veredliche Brauer-Ring meint, daß die Ursachen zum Boikott beseitigt seien, so ist das eben fauler Zauber, mit welchem die Herren Ringhändler durchaus nicht imponiren. Der Boikott besteht nicht nur noch formell, sondern aktuell, da näht den Herren alles Binden und Drehen nichts und auch selbst nicht das Diplomatentüchlein mit dem neu geschaffenen Arbeitsnachweis. Betrachtet man sich dieß Kind genauer, so wird man den Wechselbalg unter allem verfallenden Hüttenkram sofort erkennen. Nach den Bestimmungen des Statuts wird eine Einschreibgebühr von 20 Pf. erhoben. Die Entrichtung in die Liste des Arbeitsnachweises geschieht ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung. Das hört sich gewis großartig an, ist aber der faulste Zauber! Das ohne Rücksicht auf die Parteistellung z. B. die 20 Pf. Einschreibgebühr bereitwillig erhoben werden, wollen wir gerne glauben, weiter hat es aber auch keinen Zweck, denn das Statut bestimmt weiter: den Brauereien steht das Recht der freien Auswahl unter den Arbeitnehmern zu. Gründe für die Ablehnung der ihnen zugeordneten Bewerber anzugeben, sind die Brauereien nicht verpflichtet (1), jedoch soll die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei z. B. den Brauereien keinen Grund zur Ablehnung geben. (2) Außerdem ist noch jede Brauerei berechtigt, im Laufe des Betriebsjahres eine procentuale Anzahl von Arbeitern ohne Benützung des Arbeitsnachweises einzustellen! Daß ein solcher Wechselbalg von Arbeitsnachweis nur „in aller Stille“ ausgebrütet werden konnte, ist begreiflich. Derselbe zeigt aber wieder die Herren Ringbrauer im vollen Glanze und läßt ihren Egoismus recht grell zu Tage treten. Wie aber alles, was von der Ringseite bisher unternommen wurde, dem Bierboikott den Garaus zu machen, so erweist sich auch das neueste Zauberstücklein der Regenmeister Köhler, Hoppoldt u. Cie. als — fauler Zauber!

Der Humor ist selbst Herrn Sanitätsrath Hoppoldt noch nicht verloren gegangen. In einer Reklamemotiz, die für ihn im redaktionellen Theil verschiedener Blätter, die für Geld zu vielen Dingen zu haben sind, veröffentlicht wird, ulkt der Herr die Welt folgendermaßen an: „Der Zuspruch der Konsumenten ist ganz enorm und wehrt sich in den Tagen vor dem Weihnachtsfest dergehalt, daß es schwer ist, alle Ansprüche zu befriedigen; deshalb dürfte es gerathen sein, die für das Fest nöthigen Vorräthe rechtzeitig zu bestellen, und zwar direkt per Karte an die Brauerei u. s. w.“

Man wird begreifen, was dieser Scherz zu einer Zeit besagen will, in welcher der Börsentheil derselben Blätter, die dergestalt für Herrn Hoppoldt in Münchhausen machen, tagtäglich von Jammerberichten über die fatale Wirkung des Boikotts widerhallt!

Den ganzen schamlosen Dohn des fatten, feisten Philisterlums bekommen die Bekenner der Sozialdemokratie zu kosten, wenn sie den Interessenten des heute herrschenden Systems vorhalten, daß auch die Verbrecher, die kleineren Verbrecher am heiligen Eigenthum der kapitalistischen Anarchie auf dem Gewissen lassen, und daß die Unglücklichen, welche die Gefängnisse wegen Diebstahls und ähnlicher Vergehen bevölkern, nur das notwendige Produkt unserer herrlichen „Ordnung“ sind. Kommen wir den Gegnern mit derartigen Vorhaltungen, so geschieht es nicht selten, daß sie uns frech der Vertheidigung und Begünstigung „gemeiner“ Teufte zeihen. Es kann daher den fatten Herrschaften, die oft genug selber in die peinlichste Verlegenheit kommen würden, wenn sie ehrlich über den Erwerb ihrer Reichthümer Rechenschaft ablegen sollten, wohl nichts schaden, wenn wir ihnen wieder einmal eine Art Krönzungen für unsere Anschauung vorführen. Es ist dies der Pfarrer am Untersuchungsgefängnis in Moabit, Herr Dietz. Derselbe versendet jetzt an Lemie, die er für wohlthätig hält, ein Schreiben u. a. folgenden Inhalts:

Das Weihnachtsfest, das Fest der Freude und der Liebe, da sich aller Orten Hände zum Wohlthun wieder aufhoben, naht, und da sei es dem gehorjamt Unterzeichneten gestattet, auch Ihr Herz und Auge auf die oft in großer Noth befindlichen Angehörigen unserer Gefangenen zu lenken und Sie zu bitten, durch Ihre Gabe zur Verringerung des oft namenlosen Elends beizutragen.

Es ist ja bekannt, daß die Arbeitslosigkeit auch im letzten Jahre nicht ab-, sondern vielmehr zugenommen hat. So manchem Familienvater ist es unmöglich gewesen, Verdienst zu finden, um den Seinen das tägliche Brot reichen

N. 2. R. Beantragen Sie Bewilligung des Armenrechts; dann wird Ihnen von Amtswegen ein Rechtsanwält beigeordnet, dem Sie Ihre Fragen vorlegen wollen.
N. 10. Nach dem geltenden Recht ist ein derartiger Vertrag ungewisslich rechtsverbindlich.
N. 42. Wenn das Geld lediglich für Beerdigungszwecke bestimmt ist, darf es auch nur hierzu verwendet werden.
N. 72a. Das vorhandene Vermögen kann in vollem Umfang zur Alimentation der Kinder und der Ehefrau verwendet werden; aber auch der Fiskus kann sich daran halten wegen Projektkosten u. f. w.
N. 8. Es kommt darauf an, um was für eine Forderung es sich handelt.
N. 888. Die Anwaltskosten müssen vom Gegner Ihnen erstattet werden.
N. 3258. Natürlich sind Sie dazu verpflichtet.

N. 100. Dagegen können Sie nichts thun.
Hoffmann, Grünberg. Aus Ihrem Schreiben geht nicht hervor, ob Sie als Zeuge oder Kläger geladen sind. Darauf aber kommt es an.
Wegner. Sie erfahren dies am sichersten bei der Polizei in Wilmersdorf.
N. 23. Müllerstraße. Die Frage läßt sich nur nach persönlicher Rücksprache beantworten.
N. 15. Nixdorf. Sie müssen die Sachlage genauer darlegen.
N. 2. In 4 Jahren, jedoch mit der Maßgabe, daß die Verjährung erst mit dem letzten Dezember vollendet.
Sporj 6. Es muß die vereinbarte Kündigungsfrist gewahrt werden.
N. 42. Sie können jetzt keine Ansprüche mehr geltend machen.

Neues Geschäft. Es kommt auf den Vertrag an.
N. 20. Die Kündigung ist zu Recht erfolgt.
N. 8. Der Gemeindevorstand muß bescheinigen, daß der die Naturalisation beantragende verfassungsfähig und unbescholten ist, Wohnung und Unterkunft am Niederlassungsort gefunden hat und im Stande ist, sich und seine Angehörigen daselbst zu ernähren.
N. 100. Darüber entscheiden die daselbst erlassenen ortspolizeilichen Verordnungen.
N. 8. Stalingerstr. 3a.

Briefkasten der Expedition.
N. 1. Neurelig. Die Roman-Nachlieferung ist bereits am Dienstag abgeschickt. Ältere Zeitungen für Agitation senden wir Ihnen gern zu.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
 Freitag, den 14. Dezember.
Spernhaus. 4. Symphonienabend der königlichen Kapelle.
Schauspielhaus. Vom landwirtschaftlichen Halle.
Deutsches Theater. Blau. Darau: Cyprienne.
Berliner Theater. Heimgefundene.
Leistung-Theater. Zwei Wappen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Pariser Leben.
Reichshaus-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Villalibchen.
Schiller-Theater. Hans Sachs. — Burggrüne.
Neues Theater. Komödianten.
Theater Unter den Linden. Der lustige Krieg. Tanz-Divertissement.
Gellealliance-Theater. Geschlossen.
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die ewige Braut.
Alexanderplatz - Theater. Ein Modell. Vorher: Verbotene Liebe.
National - Theater. Die Weber.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie - Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne
 im Central-Theater, Alte Jakobstr. 30.
 Sonntag, 16. Dez., I. Abth. } 2 1/2 Uhr:
 Mittwoch, 26. Dez., II. Abth. }

Schlimme Saat
 von Otto Wischer. 206/11

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Wallner-Theaterstrasse.
 Freitag, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr: Hans Sachs. Burggrüne.
 Sonnabend, den 15. Dezbr., Nachmittags 3 Uhr: Schiller-Vorstellung: Des Meeres und der liebe Helen.
 Sonntag, den 16. Dezember, Nachmittags 3 Uhr: Der Meincidbauer. Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.
 Dichter-Abende: Im Bürgerkaale des Rathhauses, Ab. 7 1/2 Uhr: Gottfried August Bürger-Abend.

Adolph Ernst-Theater
 Dritte beste Aufführung:
Charley's Tante.
 Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die ewige Braut.
 Liebespiel mit Tanz in 1 Akt von W. Mannstadt und J. Kren.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 In Vorbereitung: Ein Adelles Corps. Große Gefangenspoße mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 182.
Die Weber.
 Schauspiel in 4 Akten von ...
 Regie: Max Samat.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Montag: Zum ersten Male: Die Wucherer von Berlin. Volksstück in 4 Akten aus dem modernen Berliner Leben.

Castan's
Panoptikum.
 Englische Marionetten.
 Illusions-Caroussel.

Central-Theater
 Alte Jakobstraße Nr. 30.
 Zum 106. Male:
O, diese Berliner!
 Große Poße mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Julius Cindobhofer.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber
 aus Dahomey.
 Die Gegenjantel, neueste Illusion.

„Sanssouci“
 Kottbuserstraße 4a.
 Sonntag, den 16. Dezember:
Letzte Soirée
 (vor Weihnachten)
 der
Stettiner Sänger
 (Meysel, Pietro, Britton, Eberius, Steidl, Röhl und Blank). Anf. 7 Uhr.
 Entree 50 Pfg.
 Großes Weihnachts-Programm!

Circus Renz
 Carlstrasse.
 Freitag, den 14. Dezember cr., Abends 7 1/2 Uhr:
Jubiläumsvorstellung.
 Zum 50. Male:
Tjo Ni En.
 Neu! Hier neue Musikstücken, Poa ma, großes Jong-Springen. Neue überraschende Lichteffekte.
 Außerdem: Das Apportierpferd Mohr und Hipp. Potpourri von 40 Pferden, vorges. v. Herrn R. Renz. Konkurrenzschule, ger. v. Frau Renz-Stark und Fr. Wally Renz. Der lauff. Jockey Wassilliams. Der phänomenale Handequilibrist Hr. Julus Keller. Major Burk in seinen militär. Original-Exerzitten etc.
 Sonnabend: Tjo Ni En.
 Sonntag: Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise): Die lustigen Heidelberger. Ab. 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En. Fr. Renz, Kommissionsrath.

Circus G. Schumann.
 Friedrich Karl-Ufer.
 Täglich Abends 7 1/2 Uhr:
Texas Jack's American
Prairie Life-Show.
 Illustrationen aus dem Amerikan. Plantagen- und Prairieleben.

Armin-Hallen
 Kommandantenstraße Nr. 20.
 Säle und Vereinszimmer
 von 20-600 Personen.

Restauration
 Umstände halber sof. bill. zu verkaufen. Näh. Mariannenplatz 18 im Lokal.
 und alle 1942L.
Mehl Backzutaten
 liefert in anerkannt vorzüglicher Güte jetzt ganz besond. preisw.
P. Herrguth,
 Berlin, Müllerstr. 180 (Weddingplatz).
 Wiederverk. besond. Vorzugspreise.
 Deutsche J. Dagg, echt, Prachtexempl. verkauft billig P. Krusche, Weinbergsweg 15a, Restaurant. 1546b

Unserm Freunde und Genossen
Hermann Kasch
 zu seinem heutigen Wiegensfest ein dreimal donnerndes Hoch.
 Hermann laß die Halsweite bei Ede naß machen. 1556b
P. P. W. Sch. St. B.

Anna Rausch
Paul Halitzky
 Verlobte. 1561b

Allg. Kranken- u. Sterbefälle
der Metallarbeiter.
 Filiale Berlin 3.
 Sonnabend, d. 15. d. M., Abds. 8 1/2 Uhr, Mantelstr. 46 bei Dienwald:
Mitgliederversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. 1556b
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
der Cöpper
 und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands (Zuschuß-Kasse).
 Sonntag, den 16. Dezember cr., Vormittags 10 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße 33 (früher Seefeldt): 1554b
Öffentliche Mitgliederversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes, Kassenbericht.
 2. Neuwahl für die ausscheidenden Vorstandsmitglieder.
 3. Verschied. Kassenangelegenheiten.
 Die örtliche Verwaltung.
 J. A.: A. Topf, Gipsstraße 16.

Unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle
 Acht **Silber**
 Herrenremontoiruhr. 2 Jahre Garantie, kein Risiko, da Umtausch gegen postl. Dep. Nachn. M. 10.50.
 Vert. gL. Präludin. Nickelarm. v. 3. Regulatur v. 6.
 Louis Lehrfeld, Pforzheim, 109

Belegenheitskauf
 für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn L., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verlichen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 R. Zehnteilzahlung gestattet. Deamenten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Aufbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Nischelkleiderspinden 40, Blüschgarnituren 60 Mark, Dreisessel-schreibische, Damenschreibische 30, Cylinderbureaus, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneel-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Conkiffentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.
 Jordan, Al. Marxstr. 28.

Empfehle
 25 Stk. Cigarren 1 M., 100 von 3,50 M. an, eig. Fabrikat, rein ameril. Tabak. Rippen à Pfd. 35 Pf., 2 Pfd. 65 Pf.
C. Wolsdorf,
 Wasserthor-Straße Nr. 20.
 Verzugshalber: 1448b
 Kleiderspinden 18, Nischelspinden 28, Kommoden 15, Bettstellen mit Federboden 28, Sophas 28, Blüschgarnitur, Trumeau, Küchensmübel spottbillig. Hofstr. 75, Laden. 1563b

Achtung!
Verein der Zimmerer Berlins und Ang.
 Sonntag, 16. Dezember, Vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20 (gr. Saal)
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Diskussion über den Vortrag des Gen. B u r m in der vorigen Versammlung. 3. Gewerkschaftliches. 293/11
 Die Mitglieder werden ersucht, für guten Besuch zu agitieren. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Ausgabe der Bücher aus der Bibliothek vor der Versammlung stattfindet.
Der Vorstand.

Lederarbeiter! Versammlung
 öffentliche
 aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter
 (als Weißgerber, Lohgerber, Färber etc.)
 am Sonnabend, den 15. Dezember cr., Abends 8 Uhr, im Viktoria-Garten, Sadstraße 12.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten G. Legien über: „Sind die Kämpfe der Arbeiter Klassenkämpfe?“ 2. Diskussion. 3. Kassenbericht des Vertrauensmannes. 4. Gewerkschaftliches.
 NB. Die am Sonnabend angelegte Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Lederarbeiter Deutschlands findet mit Uebereinstimmung des Obmanns später statt. 1551b
Der Vertrauensmann.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 1475b

Uhren und Goldwaaren
 in solidester Ausführung
Georg Wagner
 Uhrmacher, gegründet 1877,
 65, Oranienstrasse 65, 1 Tr.,
 zwischen Kommandantenstr. u. Moritzplatz.
 Bitte auf die Hausnummer zu achten!!!
Feinste Schweizer Remontoir-Uhren.
 Nickel-Remontoir-Uhren 7,50-12 M.
 Silberne Remontoir-Uhren mit Goldrand 12, 14, 16-42 M.
 Goldene Damen-Remontoir-Uhren 20, 25, 30-100 M.
 Goldene Herren-Remontoir-Uhren 45, 60, 72-240 M.
 Regulaturen in Nussbaum mit feinsten Werken 12-45 M.
 Junghans Stand-Werker, bestes Fabrikat 3, 3,50-5 M.
Massiv goldene Trauringe
 gesetzlich gestempelt: 1 Dukaten 10,50 M., 1 1/2 Dukaten 15,50 M., 2 Dukaten 20 M., 14karätig von 6 M., 18karätig von 4 M. an.
 Trauringe zum Weihnachtsfeste bitte frühzeitig zu bestellen.
Gold- und Silber-Schmucksachen
 in solider Ausführung, den neuesten Mustern und reichhaltigster Auswahl zu den billigsten Preisen.
Reparaturen
 an Uhren und Goldsachen gut und billig.
1 Treppe, 65 Oranienstrasse 65, 1 Treppe.
 Illustrierte Preislisten gratis und franko.

Evora-Bräu
 Fürth-Nürnberg,
 in vorzügl. Qualität empfiehlt in Gebinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3.
 Telefon Amt III Nr. 404.
 Hoffmann's Festale, Oranienstrasse 180. Sylvester-Abend, 5. u. 6. Januar 1895 noch frei. 1456b

Herm. Ramlow's
Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.
 Zimmer (60-80 Person.) für Vereine und Festlichkeiten. 10912*
 135 Schönhauser Allee 135.
 Restaurant mit Cigarren-Geschäft
 Verkehrt gegen Umstände halber sofort billig zu verkaufen. Restitrende wollen ihre Adresse in der Zeitungsexpedition Säbenderstr. 16 niederlegen. 1456b
 Ein gutgeh. Cigarrengeschäft ist wegen Todesfall bill. zu verkaufen z. 1. April. Näheres Fortstr. 48, v. 2 Tr. bei Bäcker. 1563b

Saal u. Vereinszimmer
 zu Festlichkeiten u. Versamml. zu verg. 1535b*
 Zakuhske, Köllinerstr. 17.
 Werkstatträume
 sehr preiswerth, sofort oder später zu vermieten, S., Schönleinstr. 15. 1550b
Arbeitsmarkt.
 Musikinstrumenten- u. Arbeiter-Streik!
 Die Kollegen der Piano-Fabrik von GÖrs & Kallmann haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Junge ist strengstens fernzuhalten.
 Die Lohnkommission.
 Mansfelds auf garnierte Kragen verl. 1557b
 Lehmann, Oranienstr. 207, III.
 Versilberer verlangt. Nixdorf Kirchhofstr. 58. 1532b
 Versilberer auf glatte Leisten verlangt Göpfer, Marxstr. 44, 2 Tr. 1563b

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboikotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden.

Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinnen ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen.

eheloser Friede

geschloffen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden.

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unübersteiglicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauereidirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massen-

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfernuth.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh angenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

Die Boykott-Kommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
Müldener Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
Nordsterner-Brauerei, Berlin.
Nathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jub. Max Dennhardt, N.W., Hanoversche Str. 18a. Tel. III. 8178.
Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D. Niederlage Greißwalderstr. 228.
Pöhnig-Brauerei, C. Radon, Pichterfelde.
Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
Brauerei Tiwoli, Straußberg, Niederlage Brauerei Luisenstadt, Alte Jakobstraße 9.
Louisen-Brauerei, Bellermaistr. 71a/72.
Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 33.
Brauerei Tanz, Freienwalde a. D. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde, Niederlage Gust. Spielermann, Krautstr. 48, Tel. VII. 1487.
Export-Brauerei Grabow a. D. bei Stettin, Niederlage Marthen, Bellermaistr. 6.
Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

Boykottirt sind die folgenden, dem Ring angehörenden Brauereien:

- Aktien-Brauerei Friedrichshain, Berlin.
Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe, vorm. Pagenhofer, Berlin.
Aktien-Brauerei-Gesellschaft Moabit, Berlin.
Aktien-Gesellschaft Schloßbrauerei Schöneberg, Schöneberg.
Bergschloß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Berliner Bodbrauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Berliner Kronen-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin.
Böhmische Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch, Berlin.
Brauerei Oswald Berliner, Berlin.
Brauerei Julius Bölow, Berlin.
Brauerei Borussia, Aktien-Gesellschaft, Niederschönweide bei Johannisthal.
Brauerei Gambrius, Aktien-Gesellschaft, Charlottenburg.
Brauerei Carl Gregory, Berlin.
Brauerei F. Hoppoldt, Berlin.
Brauerei Königstadt, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Brauerei Pfefferberg, vorm. Schneider u. Hillig, Berlin.
Brauerei A. Werm, Berlin.
Bürgerliche Brauerei, Berlin.
Bürgerliches Brauhaus, Otto Müller, Berlin.
C. Habel's Brauerei, Berlin.
Gebrüder Josty, Berlin.
Norddeutsche Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Schultheiß' Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin, Abth. I Schönhauser Allee.
desgl. Abth. II Tiwoli.
Brauerei Schweizergarten, Berlin.
Spanbauerberg-Brauerei, vorm. C. Bachmann, Westend bei Charlottenburg.
Vereinsbrauerei Rixdorf.
Versuchs- und Lehrbrauerei, Berlin.
Victoria-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Germania-Brauerei, David u. Martin, Berlin.
Brauerei Stralau.

Vom Umfang der Arbeitslosigkeit

läßt sich ein ungefähres Bild gewinnen durch den Verkehr auf den Arbeitsnachweise-Stellen. Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat im März 1894 versucht, durch eine Umfrage, welche vom Polizeipräsidenten unterstützt wurde, den Umfang der Arbeitsvermittlung in Berlin festzustellen.

Table with 4 columns: Name of organization, Open positions, Applicants, Filled positions. Includes entries like 'Deutscher Uhrmacher-Gehilfen-Verband', 'Fachverein der Klempner', etc.

Allerdings geben diese Zahlen nicht ohne weiteres eine branchen- Arbeitslosenstatistik. Denn einerseits werden unter den Stellensuchenden zum Theil solche sein, die sich nach einer besseren Stellung umhau, zur Zeit aber doch nicht arbeitslos sind.

Stellenangebot z. B. sogar sehr erheblich hinaus. Wo trotzdem viele Stellen unbefetzt blieben, wird man meistens zu geringen Lohn als Ursache annehmen können.

Vergleicht man die Zahlen der Bewerber mit der Zahl der besetzten Stellen, so wird man finden, daß durchschnittlich nur etwa 1/3 aller Bewerber placirt sind. So erhielten von je 100 Arbeitssuchenden 33 eine Arbeit im Letzterverein 57,5, in der Bäckereimannschaft Germania 60,0, im Verband der Geschäftsdienner 61,2, Marias Hof 60,4, Verein junger Trogisten 68,8, Verein junger Kaufleute 64,8, Verband deutscher Gasthofgehilfen 66,9, Verband der Arbeiter in Holzbeab. 67,8, Stellmacher u. f. w. Innung 72,9, Kaufmännischer Hilfsverein 76,5, Berliner Portiers 77,5 und im Verband Berliner Metallindustrieller gar 97,1.

Wucherprozess Mendel Trenherz und Genossen.

(Schluß der Verhandlung vom Mittwoch.) Rechtsanwalt Dr. Friedman: Der Staatsanwalt hat selbst einen Theil der Anklagefälle fortgelassen, und gerade mit Rücksicht darauf möchte ich vorzuerst sagen: Ganz allein macht es die Menge nicht — es ist ganz gleich, ob 16 oder 60 Fälle, das Bild wird immer dasselbe bleiben, weil immer nach der Schablone gearbeitet worden ist, und es handelt sich um die Hauptfrage: Ist diese Schablone ein strafbarer Wucher oder nicht? Vorauszuschicken ist, daß die Personen, welche Geld ausleihen, eine angenehme Stellung nicht haben, wenn sie nicht gerade große Renten sind und der Klang der ihnen zu Gebote stehenden Millionen dem Geldleiher-Geschäft einen angenehmeren Charakter verleiht.

kannt sein. Ein Mann, der vergebens Geld bei einer Bank zu erlangen sucht, darf sicher sein, daß sein Versuch in die Welt hinausposaunt wird, der letzte Kredit wird ihm abgeschnitten. Ein Geldbedürftiger, über den zum ersten Male bei einem Ankaufsbureau Erkundigungen eingezogen werden, mag vielleicht das Zeugnis erhalten, „er ist gut“. Will aber das Unglück, daß er nach sechs Monaten wiederum Geld gebraucht und daß eine neue Auskunft von anderer Seite über ihn eingeholt wird, dann heißt es: „Aha! doch ist ja der Mann, der immer in Verlegenheit ist.“ Es wird vor ihm gewarnt. Das ist Subtilität in der ehrenhaftesten Form. Treuherz und Genossen sind dagegen so direkt, daß sie nicht einmal Wächter färbren. Sie geben Geld schnell und direkt. Wie ganz anders geht es bei einer Bank zu. Man denke sich einen Mann, der sich an eine solche wendet, weil er sich in arger Verlegenheit befindet. Er bedarf vielleicht des Geldes, um damit ein Geschäft abzuschließen, das ihm großen Vortheil bringt, oder dessen Nichtabwicklung ihn gefährdet, vielleicht hat er ein krankes Kind, dessen Pflege größere Geldopfer erfordert, vielleicht hat er sein Ehrenwort gepündet. Auf der Bank sagt man ihm: „Kommen Sie übermorgen wieder, morgen ist Aufsichtsraths-Sitzung, da soll Ihr Fall vorgetragen werden.“ Der Mann kommt also übermorgen wieder. „Ja, heißt es da — die Sitzung ist bis nächste Woche ausgeschrieben worden, Sie müssen so lange warten. Inzwischen hat sich das Geschäft zerklüftet, das Kind ist tot oder er hat sich eine Kugel durch den Kopf gejagt. Das ist das praktische Leben. Ob nun die Leute, die sich an Treuherz wendeten, ihre Verlegenheit selbst verschuldet hatten, ist ganz gleichgültig. Liegt ein Betrunkener auf der Straße, so muß er ausgehoben werden, einerlei, ob er sich vorsätzlich betrunken hat, oder ob er nicht wußte, daß er den schweren Wein nicht vertragen konnte. Nichts, Diskretion und Schnelligkeit, das waren die drei Faktoren, die bei der Leistung der Geldgeber in Berücksichtigung gezogen werden mußten. Der Depotsatz von 10 pCt. war deshalb als ein berechtigter zu bezeichnen, weil die Geldgeber erfahrungsmäßig wissen, daß sie unter 10 Malen einmal hineinfallen, es war die Prämie für die Nicambien. Der angestrebte Vermögensvortheil stand bloß auf dem Papiere, in Wahrheit würden die angeblichen Wucherzinsen von den Verlusten verschluckt. — Der Verteidiger führt das weitere aus, daß auch der Begriff des Leichtsinn bei den Geldnehmern nicht zu konstruieren sei und schließt mit der Bemerkung, daß das Gericht den Angeklagten Treuherz keineswegs so streng anzusetzen brauche, es gäbe noch weit schlimmere Geldgeber in Berlin. Dieses Objekt, welches sich der Staatsanwalt herausgegriffen, sei im Großen und Ganzen doch ein sehr dußloses, im Stillen blühendes Weibchen gewesen.

Staatsanwalt Straehler wendet sich dagegen, daß die „Ueblichkeit“ des Zinsfußes von dem Kreise der Wucherer festgelegt werden kann, die bekanntlich unter sich einen Ring bilden.

Rechtsanwalt Dr. Döwenstein als Mitverteidiger für Treuherz macht darauf aufmerksam, daß die sämtlichen Angeklagten trotz des Umfanges ihrer Geschäfte dabei keine Seide gesponnen haben. Der Verteidiger bestritt das Vorhandensein eines dolus eventualis und einer Ausbeutung einer Nothlage.

Der Verteidiger des Angeklagten Spiegel, Rechtsanwalt Dr. Jovers, erörtert besonders die Frage, was unter dem üblichen Zinsfuß zu verstehen sei. Sollte eine Verurteilung des Angeklagten Spiegel erfolgen, so dürfte es nur wegen einfachen Wuchers geschehen, was zur Folge habe, daß ihm die bürgerlichen Ehrenrechte belassen werden könnten.

Für den Angeklagten Brud plädiert Rechtsanwalt Leopold Meyer. Dieser Angeklagte habe für seine Thätigkeit als Vermittler nur eine kleine Provision erhalten. Sollte der Gerichtshof wider Erwarten zu einer Verurteilung des Angeklagten Brud kommen, so dürfte doch ein ganz geringes Strafmaß am Platze sein.

Die Verteidiger: Rechtsanwälte Dr. Cömann und Meyer sohn plädieren kurz für Freisprechung der beiden Angeklagten Winter und Nürstich.

Der Vorsitzende theilt sodann mit, daß der Gerichtshof an die Kellern der Kaufmannschaft die Anfrage gerichtet habe, ob ein Sachverständiger existiere, welcher über den üblichen Zinsfuß bei derartigen Geschäften Auskunft erteilen könne. Der frühere Bankier, jetzige Rentier Oskar Nothmann sei als Sachverständiger bezeichnet und darauf vom Gerichtshof um sein Gutachten angegangen worden. Derselbe habe erklärt, daß er einiger Zeit zur Vorbereitung bedürfe. Der Staatsanwalt beantragt, noch 3 Zeugen zu vernehmen, welche befunden sollen, daß in vielen Fällen auch über 40 pCt. genommen worden sind.

Der Gerichtshof beschließt darauf, die Verhandlung am Sonnabend, Vormittag 9 1/2 Uhr, fortzusetzen.

Gerichts-Beitung.

Gewerbegericht.

100 M. Kaution verlangt der Bierfahrer Berner von Frau Eppenstein, der ehemaligen Inhaberin der im Sommer eingegangenen Flaschenbier-Kiederlage der Hamburger Schwabenbrauerei. Die Beklagte wandte ein, zur Einbehaltung dieser Summe als Ersatz für die von den Kunden nicht zurückgebrachten Flaschen berechtigt gewesen zu sein, was sie durch einen dem Gericht vorgelegten schriftlichen Vertrag zu beweisen suchte. Der § 3 desselben bestimmt, daß der Fahrer mit seiner Kaution für die von den Kunden nicht zurückgebrachten Flaschen haftet; ferner sichert er dem Fahrer eine Provision von einem halben Pfennig pro Flasche fortgeliefertes Bier zu mit der Einschränkung, daß die Provision nur für jede zurückgebrachte Flasche berechnet wird. Der Kläger machte nun geltend, den Kontrakt nicht unterschrieben zu haben und deshalb nicht für die fehlenden Flaschen zu haften, an deren Nichteinbringung nach der Geschäftsauflösung er übrigens keine Schuld trage. Die Behauptung der Beklagten, Kläger habe doch aber die vertragsmäßige Provision eingestekt, bestritt dieser nicht. Er wurde mit der Klage insofern abgewiesen, als ihm das Gericht nur 13,02 M. zusprach, die ihm schuldig zu sein Frau E. anerkannte. Außerdem wurde ihm das Recht zurkannt, von Frau Eppenstein 7 Pf. für jede der ausstehenden Flaschen, welche er ihr noch zurückbringt, zu fordern. Begründet wurde das Urtheil damit, daß sich der Kläger durch die Annahme der Provision auf den Boden des Vertrages gestellt habe, und deshalb auch die anderen Bestimmungen für ihn Geltung hätten, er also mit der Kaution für die fehlenden Flaschen haftbar sei.

Der wohl noch nicht dagewesene Fall, daß ein Gerichtsvollzieher sich durch die pflichtgetreue Ausübung seines Berufes eine Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz ausog, unterlag gestern der Prüfung der ersten Strafkammer am Landgericht 1. Der Gerichtsvollzieher Kohloff hatte auf Grund eines vollstreckbaren Schultitels bei dem Schlächter Hoffmann an Reinholdsdorf am 24. Juli d. J. 82 1/2 Kilo Mettwurst aus dem Rauchfang gepfändet und dieses Objekt am 26. Juli versteigert. Den Zuschlag erhielt der Schlächter Kohloff für nur 17,50 M. Dieser war natürlich nicht wenig erfreut über den wohlfeilen Kauf, welchen er gemacht hatte, als er aber die Wurst näher prüfte, entdeckte er, daß der Gläubiger bei Wichte betrachten ein „Reinsal“ war, denn die Wurst war verdorben und infolge dessen absolut wertlos. Nachils verlangte nun von dem Gerichtsvollzieher, daß dieser die Waare zurücknehme und weiter versteigere, ein Ansuchen, welches der Beamte als unvereinbar mit seiner Pflicht bezeichnete. Nun drehte Nachils aber den Spieß um und denunzierte den Gerichtsvollzieher wegen Feilhaltens verdorbener Nahrungsmittel, und das Amtsgericht hielt auch ein Vergehen gegen das Nahrungs-

mittel-Gesetz für vorliegend und erkannte auf 3 M. Geldstrafe. Dagegen legte Kohloff Berufung ein, und gestern befugte das Sachverhandlung, daß zwar äußerlich die Wurst nur etwas angekimmt, daß sie aber beim Aufschneiden sofort an Geruch und der wässrigen Beschaffenheit des Fleisches als verdorben zu erkennen gewesen sei. Rechtsanwalt Lewinski führte aus, daß hier nicht ein Feilhalten im Sinne des Nahrungsmittel-Gesetzes, sondern nur ein Akt der Amtspflicht vorliege. Hieraus ging indessen der Gerichtshof nicht ein, sondern erkannte auf Freisprechung, weil der Zustand der Wurst nicht äußerlich, sondern erst beim Aufschneiden zu erkennen gewesen sei. Zum Aufschneiden aber sei der Gerichtsvollzieher weder verpflichtet, noch überhaupt befugt.

Eine kaum glaubliche Unterschlagungs-Sache beschäftigte gestern die 128. Abtheilung am Amtsgericht 1. Bei mehreren Bankgeschäften überbrachte ein junger Mensch Koupons eines serbischen Anleihenpapiers. Obwohl diese durchaus nicht mit Nummern versehen und deshalb fast für jeden Laien als wertlos erkennlich waren, zahlte die Bankinsinstitute anstandslos aus; die Papiere waren in der von Helten'schen Truderei gedruckt worden, und diese mußte kontrollisch die gezahlten Beträge erlegen. Nun erst gelang es, Licht in die Sache zu bringen. Der junge Mensch wurde angehalten und gab an, daß er die Papiere von seiner Schwester erhalten habe. Diese, die unverheiratete Blätterin Emma Boldt, wieder erklärte, daß sie die Papiere in dem Zimmer des Saloslaw'schen, Stubenmollers Besitztums gefunden habe. Besitzt hatte nämlich eine Nacht durch in der von Helten'schen Truderei gearbeitet, dort einige Kouponsbogen gefunden und diese, die er für Makulatur gehalten, mit nach Hause genommen und achilles bei Seite gelegt. Die Bolde hatte den Werth der Makulatur ebenfalls nicht gefannt, sondern die Bogen zum Einwickeln von Wäsche benutzt, und erst als sie von einigen Herrschaften auf den Werth hingewiesen worden war, ließ sie die Papiere durch ihren Bruder einwechseln. Sie wurde der Unterschlagung angeklagt und heute auch, trotzdem sie angab, sie habe sich bei der Sache nicht gedacht, zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt.

Für Spieler in auswärtigen Lotterien dürfte eine Verhandlung lehrreich sein, welche gestern vor der dritten Strafkammer am Landgericht II stattfand. Wegen Lotterievergehens und wegen Betruges war der Kaufmann Richard Graff aus Charlottenburg angeklagt. Derselbe handelt mit ausländischen Lotterielosen und hatte unter anderem im November v. J. ein Nichtloos der medienburgischen Landeslotterie an den Arbeiter Albert Pohl verkauft. Fünf Ziehungen hatte Pohl bereits begahlt, als er aber das Loos zur sechsten und Hauptziehung erneuern wollte, machte Graff Ausflüchte. Er behauptete stets, er könne das Loos nicht erhalten und als er den Pohl auf diese Weise bis zum Beginn der Hauptziehung hingezogen hatte, erklärte er plötzlich, für jenen weder ein Loos noch Lust und Zeit zu haben, ihm Ersatz zu schaffen. Pohl schrieb nun an die Lotteriedirektion und erhielt von dieser den Bescheid, daß das betreffende Loos sich in den Händen des Graff befinde, daß dasselbe aber am 3. März d. J. mit einem Gewinne von 155 M. gezogen worden sei, so doch auf seinen Anteil etwa 15 M. entfallen wären. Nun ging Pohl zur Polizei und erstattete Anzeige. Er mußte nun zwar selbst wegen Spielens in verdorbenen Lotterien auf die Anklagebank, hatte aber die Genugthuung, daß Graff ihm auf der Anklagebank zur Seite stand. Pohl kam mit 3 M. Geldstrafe davon. Graff erhielt dagegen wegen des Lotterie-Vergehens 100 M. und wegen des Betruges 2 Monate Gefängniß.

Wohlfahrts-Einrichtungen oder nicht? Das war die Frage, um die es sich wesentlich bei der Beantwortung des Rekurses handelte, den die Ziegerei-Verunglückten-Gesellschaft gegen ein Urtheil ihres Schiedsgerichts eingelegt hatte, daß dem Arbeiter Gores 25 pCt. Rente zusprach. G. war dadurch um einen Theil der Selbst seines linken Auges gekommen, das eine Flopparene erplobirte, als er in einer Bude sein Mittagessen warmen wollte, die gewohnheitsmäßig zu diesem Zweck von Arbeitern benutzt wurde. Die Verunglückten-Gesellschaft hatte mit der Begründung einen Nennanspruch G.'s abgelehnt, daß die Zügigkeit des Essenwärmens nicht mit den Einrichtungen und Gefahren des Betriebes in ursächlichen Zusammenhange gestanden hätten. Das Schiedsgericht hatte dagegen die Meinung vertreten, es hätte doch ein Betriebsunfall vorgelegen, weil die Bude für die Arbeiter hergerichtet worden sei, damit dieselben dort ihr Mittagessen verzehren könnten. Es sah in der Bude also eine Art Wohlfahrts-einrichtung des Betriebes, zu deren Benutzung die Arbeiter auf Grund der obwaltenden Umstände (Betriebsarten) gezwungen wären. Ihren Rekurs begründete die Verunglückten-Gesellschaft nun damit, daß von einer Wohlfahrts-einrichtung, die der Betrieb notwendig machte, nicht die Rede sein konnte. In der Nähe des Betriebes wäre genug Gelegenheit zur Verbringung der leiblichen Bedürfnisse vorhanden gewesen. Ein Theil der Arbeiter benutzte die Bude gar nicht, daß G. sie benutzte, lag an seinem persönlichen Willen. G. selbst behauptete in einem Schriftsatz, die Arbeiter seien vom Betriebsleiter angewiesen worden, auf der Betriebsstätte zu bleiben und bei schlechtem Wetter die Bude in Anspruch zu nehmen. Der Betriebsleiter, welder er vernommen wurde, sagte aus: Die Arbeiter wohnen 10 Minuten bis 1/4 Stunden entfernt, die meisten in der Nähe, daß die letzteren in der Mittagszeit dabliefen, ereignete sich selten, jedoch benutzte die entfernter wohnenden Arbeiter die Bude. Diese hätten sich aber die Arbeiter selbst errichtet, ebenso den in ihr befindlichen Feuerherd, was hinsichtlich von den Gutsbesitzern zugelassen werde. Hinsichtlich derartigen Einrichtungen und ihrer Benutzung ist den Arbeitern nichts geboten noch verboten. Zielsetzten letzten sich des Morgens und Nachmittags gemeinschaftlich ihren Kaffee. — Das Reichs-Versicherungsamt nahm an, Gores habe keinen Betriebsunfall erlitten, und entzog demselben die Rente. Ein nettes Bild vom Segen des Unfallgesetzes.

Versammlungen.

Für die Genossen des Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis fand am 10. Dezember eine Versammlung bei Rickmann in der Lesingstr. 28 statt, in der der Genosse Hoffmann unter Zugrundelegung von Betrachtungen über das ehemalige Kandidatentum an der Hand einiger Beispiele von einem modernen Kandidatentum sprach. Nach Beantwortung einer Frage des Genossen Wendt sprach Varelly seine Ansicht dahin aus, daß seiner Meinung nach in einer sozialdemokratischen Gesellschaft Roth und Glend des Volkes besetzt werden. Genosse Pahlly forderte zum festen Zusammenschluß in der Organisation auf. Gegenüber der jüngst von allen bürgerlichen Parteien herausgegebenen Parole: Kampf gegen den Umsturz, giebt es doppelt auf der Hut zu sein.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis hatte am 11. d. M. für das Stralauer Viertel eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in welcher der Stadtverordnete Genosse Bruns in seltener Weise über einige Fragen der Stadtverwaltung sprach. Derselbe erörterte die Frage des Nachmittags für Arbeiter in häuslichen Betrieben, eines städtischen Arbeitsamtes, verschiedene Schulfragen, das neue Kommunalabgaben-Gesetz, die Privatmonopole (Pferdebahn etc.) u. a. m., die Stellung des „Freisinn“ zu allen diesen Fragen prägnant und veranschaulichend, wie wünschenswerth es wäre, daß die Arbeiterchaft eine stärkere Vertretung in der Stadtverordneten-Versammlung hätte, als dies der Fall sei. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine rege Diskussion über kommunale Angelegenheiten und eine Erörterung von Interessenfragen, die indessen zu keinem positiven Ergebnis führten. An die Mitglieder erging die Aufforderung, eine thatkräftige Agitation für den Wahlverein zu entfalten.

Für die Genossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Orlither Viertel) fand am 11. Dezember eine recht gut besuchte Vereinsversammlung in der Waldemarstr. 75 bei Ullrich statt, in der der Genosse Schriftsteller Schulz in einem interessanten Vortrage berechtigte Kritik übte an der vielgelesenen häuslichen Erziehung im heutigen Massenstaat. In Bezug darauf, daß auch von bürgerlichen Parteien Kritik geübt wird an vielen heutigen Zuständen, unterschied der Redner den Zweck der Kritik zwischen den bürgerlichen Parteien und der Arbeiterpartei. Er widerlegte auf das Entschiedenste die Behauptung des berühmtesten der Pädagogen Aug. Herm. Niemeyer, daß die Familie allein der angemessene Boden sei, auf dem eine gesunde Erziehung zu bewirken sei. Der Kapitalismus habe längst das vielgelesene Familienleben zerstört, Tausenden von Proletarierfrauen sei es unmöglich, der Erziehung ihrer Kinder obzuliegen, da sie gezwungen sind, in der Fabrik zu frohnden. — Im Sinne des mit Beifall aufgenommenen Vortrages sprachen die Genossen Mattutat, Rob. Meyer und Peterlit. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß demnächst ein Referat über das Umsturzgesetz gehalten werden würde.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Zentrum) hielt am 8. Dezember eine Versammlung ab, in der über die von Nürnberg beantragte Erhöhung der Beiträge auf 30 Pf. wöchentlich und Gewährung eines Sterbegeldes diskutiert wurde. Die Mitglieder Gebauer, Sabal und Berger sprachen sich gegen den Nürnberger Antrag aus. Es wurde betont, daß der Ausbau des Unterstützungswesens nicht Sache der Gewerkschaften sei. Ein Beitrag von 30 Pf. würde viele Kollegen abstoßen, um so mehr, da die hiesige Lokalorganisation die Kollegen leider an niedere Beiträge gewöhnt habe. Berger beantwortete eine Erhöhung der Beiträge auf wöchentlich 20 Pf. unter Wegfall der bisherigen Extrabeiträge, außerdem eine Herabsetzung der Reiseunterstützung. Kollege Haber verteidigte das Unterstützungswesen, eine Kampforganisation müsse auch zugleich Unterstützungszentrale sein, um dadurch die Judifferenzen heranzuziehen. Das Resultat der Diskussion wurde in folgender Resolution niedergelegt, die der nächsten Generalversammlung unterbreitet werden soll: „Die Verwaltung Berlin O spricht sich gegen den Nürnberger Antrag auf Erhöhung der Beiträge auf 30 Pf. und Gewährung eines Sterbegeldes aus, und empfiehlt eine Erhöhung auf 20 Pf. wöchentlich unter Fortfall der bisherigen Extrabeiträge. Außerdem empfiehlt sie die Einführung einer Karenzzeit von 1 Woche zur Erhebung der Reise-Unterstützung, vom Tag der Abreise an gerechnet und die Herabsetzung der Reiseunterstützung von 2 auf 1 1/2 Pf. pro Kilometer.“

Die Zinkgießer und Stürzer beschäftigten sich in ihrer Versammlung am 4. Dezember mit der Regelung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten. Zunächst gelangte eine Aufforderung des Polizeipräsidenten zur Verlesung, in der die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses verlangt wurde. Sodann wird auf einen Antrag beschlossen, an den Sitzungstagen soweit Arbeit vorhanden ist, diese den anwesenden Arbeitlosen zu übergeben. — Nächste Versammlung findet am 19. Dezember statt.

Im Fachverein der Tapezierer sprach am 4. Dezember Genosse Pin über das Thema: Kampfsätze im alten Rom. Die interessantesten geschichtlichen Darstellungen der Kämpfe zwischen den Plebejern und Patriziern des alten Rom fanden in der Versammlung eine aufmerksame Zuhörerchaft. In der Diskussion wurde von einigen Rednern eine Parallele auf die heutigen Zustände gezogen.

Die freie Vereinigung aller in der hiesigen Branche Beschäftigten hielt am 1. Dezember in Grindel's Festsaal eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Wurm über das Thema „Kapital und Arbeit“ referierte. Durch reichen Beifall gab die Versammlung ihre Zustimmung zu dem Referat zu erkennen. Von einer Diskussion wurde auf Veranlassung einiger Kollegen Abstand genommen.

Die freie Vereinigung der Bureau-Angestellten hielt am 4. Dezember ihre Monatsversammlung ab. An stelle des angekündigten Vortrages hielt, da der Referent Kollege Jaddach ausgeblieben, Kollege Schulz eine Vorlesung über „Darwin's Leben“, an die sich eine Diskussion über den Darwinismus und die Ziele des Sozialismus schloß. Nachdem erfolgte die Bilettausgabe für die am 31. Dezember stattfindende Silvesterfeier im Lokale von Grindel, Brunnenstr. 188. Ein Antrag, die zweite Monatsversammlung ausfallen zu lassen, wurde mit der Motivierung abgelehnt, daß die zweiten Monatsversammlungen bisher in der Regel besser als die ersten besucht waren. Gleichfalls abgelehnt wurde auch der Antrag, Berichterkollegen von bürgerlichen Blättern für die Zukunft auszuschießen. Nachdem noch seitens des Kollegen Schulz ein Antworttelegramm der Bränner Kollegen auf das am Sonntag ihnen antäglich der Gründung eines Bränner Kollegen-Vereins gefandte Begrüßungs-telegramm verlesen ward und der Vorsitzende um Rücksendung der an die Mitglieder gesandten Fragebogen gebeten hatte, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Der Verband deutscher Zimmerleute hielt am Mittwoch, den 5. Dezember, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde beschlossen, die Mitgliederversammlung am 3. Januar ausfallen zu lassen, dafür zwei Bezirksversammlungen einzuberufen und am zweiten Sonntag im Januar eine Generalversammlung abzuhalten, in der die Abrechnung vom 4. Quartal 1894 und Anträge zur Generalversammlung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sodann referierte Genosse Saffenbach über das Freimaurertum. Die Anwesenden verfolgten in reger Aufmerksamkeit die Ausführungen des Referenten und richteten in der Diskussion mehrere Redner diesbezügliche Fragen an den Vortragenden, die von diesem eingehend beantwortet wurden.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 6. Dezember eine Versammlung ab, in der Genosse Hoffmann in einem recht beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Individuelle Freiheit“ sprach. Nach einer anregenden Debatte über den Vortrag gelangten einige geschäftliche Angelegenheiten zur Erledigung. Mit dem Amt eines Revisors wurde das Mitglied Neumann betraut und zu Zählkontrollanten die Mitglieder Schulz und Heinrich gewählt.

Die geselligen Vereine des Stadttheils Wedding waren am 6. Dezember zu einer Versammlung schriftlich eingeladen. Die Veranlassung zu der Einberufung gaben die vielfachen Verluste dieser Vereine gegen die Lokalpresse und den Bierkonkott. Die Versammlung war wider Erwarten gut besucht und hatten 29 Vereine der Einladung Folge geleistet. Genosse Jacobet ermahnte in seinem Referat die Anwesenden, in ihren Vereinen darauf hinzuwirken, daß die Beschlüsse der organisierten Arbeiter mehr respektiert werden. Besonders an den Wanderverbund mit seinen 150 Vereinen übte der Redner eine herbe Kritik. Da nun in der Versammlung noch mehrere Vereine durch Abwesenheit glänzten, gelangte ein vom Verein „Sorgenlos“ gestellter Antrag, über 14 Tage eine gleiche Versammlung abzuhalten, zur Annahme. Humoristisch war es, vor der Versammlung mit anzusehen, wie so manch graubärtiger Philister die Einladung in der Hand, hin und her diskutirte, um was es sich denn eigentlich handeln mag, niemand wußte wie und was. Im Laufe der Debatte verließen denn auch einige enttäuscht den Saal.

Eine gut beachtete Volksversammlung beschäftigte sich am 8. Dezember mit dem Ausstand der Küchen- und Arbeiter der Ferkelstr. Springer in Neu-Weißensee. Der Vertrauensmann der Hausarbeiter Wiedemann, gab in ausführlicher Weise den Situationsbericht, Redner führte aus, daß der Streik in ganz unmotivierter Weise von dem Fabrikanten provoziert und als Abwehrstreik zu betrachten sei. Waren schon die Arbeitsbedingungen in dieser Fabrik die denkbar ungünstigsten, so stellte

